

Ä1 Atommüll-Zwischenlager schützen – Sicherheit an neue Bedrohungslage und Langzeitlagerung anpassen

Antragsteller*in: Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Titel

Ändern in:

Für eine terrrorsichere Zwischenlagerung

Änderungsantrag zu A1

1. Die BAG Energie spricht unverzüglich mit der BAG Frieden/Internationales, um nach Möglichkeit gemeinsam mit ihr Bundesvorstand und Bundestagsfraktion folgenden Rat zu geben:

"Weil

- terrrorsichere Zwischenlagerung dringend geboten ist,
- die Schwierigkeiten, Union und SPD zu den dafür erforderlichen Investitionen zu bewegen, riesig sind,
- Grüne beide Parteien aber mit einer intelligenten Klagestrategie dazu bringen können, unter Geheimenschutz alle Fakten und Argumente anzuhören, die für tatsächlich terrrorsichere Zwischenlagerung sprechen,
- wozu vor allem glaubhaft dargelegt werden muss und auch kann, dass
- die Wahrscheinlichkeit intensiven Nuklearerrors gegen deutsche Zwischenlager in den kommenden Jahrzehnten ganz erheblich ist, auch schon in den nächsten zehn Jahre, weil
- zuerst Putin, dann das iranische Regime, dann andere Diktatoren starke objektive und subjektive Gründe bekommen können, für sie existenziell wichtige Konflikte durch konfliktentscheidend schwere Schläge gegen Deutschland gewinnen zu wollen,
- weil sie dies ohne größeres eigenes Risiko hybrid, d.h. durch Auftrag an große, terroranwendende Organisationen ausführen lassen können,
- weil intensiver Nuklearterror, d.h. die Freisetzung annähernd des gesamten hochradioaktiven Inventars aller Zwischenlager die mit Abstand wirksamste Methode (unterhalb eines Atomkriegs) ist, Deutschland bald kampfunfähig und sein Schicksal dauerhaft abschreckend für seine Verbündeten zu machen,
- weil terroranwendende Organisationen über hoch wirksame, kaum abzuwehrende, zur flächendeckend kontaminierenden Zwischenlageraufbrechung sehr geeignete Waffen verfügen werden, nämlich
- leichte Drohnen und schwere bunkerbrechende Waffen,
- weshalb ihr Angriff mit hoher Wahrscheinlichkeit voll "durchschlagenden" Erfolg haben würde,
- und der Schaden ungeheuer wäre;
- und danach glaubhaft dargelegt werden muss und kann, dass
- eine sehr viel sichere Zwischenlagerung technisch möglich, finanziell machbar und politisch durchsetzbar ist, weil
- zwar eine oberirdische terrrorsichere Zwischenlagerung sehr viel mehr kosten würde, als Union und SPD zu finanzieren bereit wären,

- zwar sechzehn terrrorsichere Tiefen-Zwischenlager trotz technischer und finanzieller Möglichkeit politisch schwer durchsetzbar wären,
- aber nach Neubewertung des Transportrisikos ein terrrorsicherer Provisorischer Abstelltunnel technisch möglich, finanziell machbar und politisch durchsetzbar ist und
- zum terrrorsicheren Langzeit-Lagerungstunnel ausgebaut werden kann, weil
- bei näherer Betrachtung das Standort-Verfestigungsrisiko nicht gegeben und deswegen sowohl vor Ort als auch bei Union und SPD Akzeptanz zu gewinnen ist,
- wodurch Deutschland endlich eine gute Chance gewinnt, zuerst bei verbündeten Staaten, dann weltweit für vor intensivem Nuklearterror schützenden Atomausstieg erfolgreich zu werben, raten wir Bundesvorstand und Bundestagsfraktion,

a. umgehend Klagen gegen jede Aufbewahrungsgenehmigung der vorhandenen oder geplanten Zwischenlager selbst zu führen oder zu unterstützen. Prozessziel sollte dabei die möglichst baldige Veröffentlichung von Urteilsbegründungen sein, in denen Gerichte sinngemäß feststellen, dass die vorgebrachten Beweismittel nach ihrem Eindruck ausreichen, um für die nächsten hundert Jahre von sehr erheblicher Wahrscheinlichkeit für schwere Terrorangriffe auf deutsche Zwischenlager auszugehen und von nicht geringer Wahrscheinlichkeit in den nächsten zehn Jahren; dass solche Angriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit die von den Angreifenden gewollte Wirkung auch erreichen und dann der Schaden ungeheuer groß würde; und schließlich, dass die vorgebrachten Konzepte für eine sehr viel sichere Zwischenlagerung sich jedenfalls prima facie als technisch gut möglich und auch finanziell durchaus leistbar und in absehbarer Zeitspanne machbar darstellten und daher von Bundestag und Bundesregierung gleich anschließend genau und intensiv geprüft und ggf. umgehend realisiert werden sollten. - Weisen ordentliche Gerichte diese Klagen mit der Begründung ab, die richterliche Nachprüfung von geheimzuhaltenden Sicherheitsmaßnahmen sei gegenwärtig ein fach-gesetzlich ausgeschlossen, dann raten wir Bundesvorstand und Bundestagsfraktion dazu, umgehend Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht und eventuell auch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte selbst zu führen oder zu unterstützen. Prozessziel sollte dabei die Veröffentlichung von Urteilsbegründungen sein, in denen die Unvereinbarkeit der gegenwärtigen Fassung von § 44 Abs. 3 AtG und bei Bedarf weiteren einfachgesetzlichen Klauseln mit Artikel 2 (2) und 19 (4) GG, ggf. auch Artikel 2 (1) und 6 (2) der Europäischen Menschenrechtskonvention festgestellt wird, weil keines der bestehenden oder geplanten Lagergebäude oder der Lagerbehälter auch nur annähernd imstande wäre, den real möglichen Angriffsformen und Angriffswaffen zu widerstehen und weder Bundeswehr noch Polizei bei kombinierten Angriffen auf alle oder viele der bestehenden Zwischenlager gute Chancen hätten, diese Angriffe abzuwehren und deswegen alles Leugnen der Bundesregierung bzw. ihrer Beauftragten offensichtlich abwegig sei, keinerlei Glauben verdiene und insofern die gegenwärtige Gesetzeslage mit erheblicher Wahrscheinlichkeit Leben und Gesundheit von Millionen Menschen dadurch gefährde, dass sie den potentiell lebensrettenden Nachweis der Notwendigkeit und Möglichkeit von Schutzmaßnahmen vor ordentlichen Gerichten unmöglich mache - und wegen der großen Gefahr dem Bundestag für diese Gesetzesänderung eine Frist von drei Monaten setzt.

b. mit diesen Urteilsbegründungen in der Hand Union und SPD für eine Gemeinsame Untersuchungskommission von Bundestag und Bundesregierung zu gewinnen. Die Gemeinsame Untersuchungskommission sollte streng vertraulich arbeiten und keine AfD-Mitglieder enthalten. Grünes Ziel sollte sein, dass nach intensiven Untersuchungen und Debatten von und mit Sachverständigen die anderen Parteien die grünen Forderungen als im Kern unabweisbar, zielführend und dringend anerkennen und zusammen mit Grünen zügig weiter entwickeln, zur Baureife konkretisieren und so schnell es geht verwirklichen.

c. mit Union und SPD - nach Kostenschätzungen für oberirdische langfristig terrrorsichere Zwischenlagerung - die relativen Vorzüge von sechzehn langfristig terrrorsicheren und auch sonst gut

ausgebauten Tiefen-Zwischenlagern an den gegenwärtigen Standorten einerseits, einem schnell be legbaren terrrorsicheren Provisorischen Abstelltunnel mit der Option zum Ausbau als besonders gut und umfassend ausgebauten Langzeit-Lagerungstunnel andererseits zu erwägen, dabei Transportri siko und Standort-Verfestigungsrisiko neu zu prüfen und zu bewerten und dann eine gemeinsame Entscheidung mit zu tragen und um breite Akzeptanz für sie zu werben.

d. Union und SPD für eine deutsche Warnung vor intensivem Nuklearterror und eine Werbeoffensi ve zugunsten konsequent schützender Entscheidungen zuerst bei verbündeten Staaten, dann welt weit zu gewinnen und gemeinsam mit allen erreichbaren staatlichen und nichtstaatlichen Bündnis partner*innen weltweit intensiv für Schutz durch Atomausstieg zu werben."

2. Die BAG beauftragt ihre Sprecher*innen, außerdem möglichst zusammen mit den Sprecher*in nen der BAG Frieden/Internationales diesen Antragstext als Globalalternative zu jedem selbständi gen Antrag zu stellen, der zum Thema Zwischenlager zur 52. BDK eingereicht wird. Diese Globa lalternative soll dann mit den Worten "Die Bundesdelegiertenkonferenz beauftragt den Bundesvor stand und fordert die Bundestagsfraktion auf" beginnen, und wenn Bundesvorstand und/oder Bun destagsfraktion selbst bereits bis zum Änderungsantragsschluss die empfohlenen Beschlüsse fassen, mit "Die Bundesversammlung begrüßt". - Weil auf den Antragsgrün-Seiten der BDK Antragsbe gründungen netzöffentlich werden, ist die (gleich unten folgende) BAG-interne inhaltliche Begrün dung für diesen Antrag als BDK-Antragsbegründung so zu modifizieren, dass sie Verhandlungen mit Union und SPD nicht durch gekränkte Eitelkeiten unnötig erschwert und potentiell zum Terror geneigte Personen nicht risikoverschärfend informiert.

.

Begründung

Antragsentwurf zur terrrorsicheren Zwischenlagerung, Stand: 1.10. 2026

Die BAG möge beschließen:

1. Die BAG Energie spricht unverzüglich mit der BAG Frieden/Internationales, um nach Möglich keit gemeinsam mit ihr Bundesvorstand und Bundestagsfraktion folgenden Rat zu geben:

"Weil

- terrrorsichere Zwischenlagerung dringend geboten ist,
- die Schwierigkeiten, Union und SPD zu den dafür erforderlichen Investitionen zu bewegen, riesig sind,
- Grüne beide Parteien aber mit einer intelligenten Klagestrategie dazu bringen können, unter Ge heimschutz alle Fakten und Argumente anzuhören, die für tatsächlich terrrorsichere Zwischenlage rung sprechen,
- wozu vor allem glaubhaft dargelegt werden muss und auch kann, dass
- die Wahrscheinlichkeit intensiven Nuklearerrors gegen deutsche Zwischenlager in den kommen den Jahrzehnten ganz erheblich ist, auch schon in den nächsten zehn Jahre, weil
- zuerst Putin, dann das iranische Regime, dann andere Diktatoren starke objektive und subjektive Gründe bekommen können, für sie existenziell wichtige Konflikte durch konfliktentscheidend schwere Schläge gegen Deutschland gewinnen zu wollen,
- weil sie dies ohne größeres eigenes Risiko hybrid, d.h. durch Auftrag an große, terroranwendende Organisationen ausführen lassen können,

- weil intensiver Nuklearterror, d.h. die Freisetzung annähernd des gesamten hochradioaktiven Inventars aller Zwischenlager die mit Abstand wirksamste Methode (unterhalb eines Atomkriegs) ist, Deutschland bald kampfunfähig und sein Schicksal dauerhaft abschreckend für seine Verbündeten zu machen,
 - weil terroranwendende Organisationen über hoch wirksame, kaum abzuwehrende, zur flächendeckend kontaminierenden Zwischenlageraufbrechung sehr geeignete Waffen verfügen werden, nämlich
 - leichte Drohnen und schwere bunkerbrechende Waffen,
 - weshalb ihr Angriff mit hoher Wahrscheinlichkeit voll "durchschlagenden" Erfolg haben würde,
 - und der Schaden ungeheuer wäre;
 - und danach glaubhaft dargelegt werden muss und kann, dass
 - eine sehr viel sichere Zwischenlagerung technisch möglich, finanziell machbar und politisch durchsetzbar ist, weil
 - zwar eine oberirdische terrorsichere Zwischenlagerung sehr viel mehr kosten würde, als Union und SPD zu finanzieren bereit wären,
 - zwar sechzehn terrorsichere Tiefen-Zwischenlager trotz technischer und finanzieller Möglichkeit politisch schwer durchsetzbar wären,
 - aber nach Neubewertung des Transportrisikos ein terrorsicherer Provisorischer Abstelltunnel technisch möglich, finanziell machbar und politisch durchsetzbar ist und
 - zum terrorsicheren Langzeit-Lagerungstunnel ausgebaut werden kann, weil
 - bei näherer Betrachtung das Standort-Verfestigungsrisiko nicht gegeben und deswegen sowohl vor Ort als auch bei Union und SPD Akzeptanz zu gewinnen ist,
 - wodurch Deutschland endlich eine gute Chance gewinnt, zuerst bei verbündeten Staaten, dann weltweit für vor intensivem Nuklearterror schützenden Atomausstieg erfolgreich zu werben,
- raten wir Bundesvorstand und Bundestagsfraktion,
- a. umgehend Klagen gegen jede Aufbewahrungsgenehmigung der vorhandenen oder geplanten Zwischenlager selbst zu führen oder zu unterstützen. Prozessziel sollte dabei die möglichst baldige Veröffentlichung von Urteilsbegründungen sein, in denen Gerichte sinngemäß feststellen, dass die vorgebrachten Beweismittel nach ihrem Eindruck ausreichen, um für die nächsten hundert Jahre von sehr erheblicher Wahrscheinlichkeit für schwere Terrorangriffe auf deutsche Zwischenlager auszugehen und von nicht geringer Wahrscheinlichkeit in den nächsten zehn Jahren; dass solche Angriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit die von den Angreifenden gewollte Wirkung auch erreichen und dann der Schaden ungeheuer groß würde; und schließlich, dass die vorgebrachten Konzepte für eine sehr viel sichere Zwischenlagerung sich jedenfalls prima facie als technisch gut möglich und auch finanziell durchaus leistbar und in absehbarer Zeitspanne machbar darstellten und daher von Bundestag und Bundesregierung gleich anschließend genau und intensiv geprüft und ggf. umgehend realisiert werden sollten. - Weisen ordentliche Gerichte diese Klagen mit der Begründung ab, die richterliche Nachprüfung von geheimzuhaltenden Sicherheitsmaßnahmen sei gegenwärtig ein fach-gesetzlich ausgeschlossen, dann raten wir Bundesvorstand und Bundestagsfraktion dazu, umgehend Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht und eventuell auch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte selbst zu führen oder zu unterstützen. Prozessziel sollte dabei die Veröffentlichung von Urteilsbegründungen sein, in denen die Unvereinbarkeit der gegenwärtigen Fassung von § 44 Abs. 3 AtG und bei Bedarf weiteren einfachgesetzlichen Klauseln mit Artikel 2 (2) und 19 (4) GG, ggf. auch Artikel 2 (1) und 6 (2) der Europäischen Menschenrechtskonvention festgestellt wird, weil keines der

bestehenden oder geplanten Lagergebäude oder der Lagerbehälter auch nur annähernd imstande wäre, den real möglichen Angriffsformen und Angriffswaffen zu widerstehen und weder Bundeswehr noch Polizei bei kombinierten Angriffen auf alle oder viele der bestehenden Zwischenlager gute Chancen hätten, diese Angriffe abzuwehren und deswegen alles Leugnen der Bundesregierung bzw. ihrer Beauftragten offensichtlich abwegig sei, keinerlei Glauben verdiene und insofern die gegenwärtige Gesetzeslage mit erheblicher Wahrscheinlichkeit Leben und Gesundheit von Millionen Menschen dadurch gefährde, dass sie den potentiell lebensrettenden Nachweis der Notwendigkeit und Möglichkeit von Schutzmaßnahmen vor ordentlichen Gerichten unmöglich mache - und wegen der großen Gefahr dem Bundestag für diese Gesetzesänderung eine Frist von drei Monaten setzt.

b. mit diesen Urteilsbegründungen in der Hand Union und SPD für eine Gemeinsame Untersuchungskommission von Bundestag und Bundesregierung zu gewinnen. Die Gemeinsame Untersuchungskommission sollte streng vertraulich arbeiten und keine AfD-Mitglieder enthalten. Grünes Ziel sollte sein, dass nach intensiven Untersuchungen und Debatten von und mit Sachverständigen die anderen Parteien die grünen Forderungen als im Kern unabweisbar, zielführend und dringend anerkennen und zusammen mit Grünen zügig weiter entwickeln, zur Baureife konkretisieren und so schnell es geht verwirklichen.

c. mit Union und SPD - nach Kostenschätzungen für oberirdische langfristig terrrorsichere Zwischenlagerung - die relativen Vorzüge von sechzehn langfristig terrrorsichern und auch sonst gut ausgebauten Tiefen-Zwischenlagern an den gegenwärtigen Standorten einerseits, einem schnell belegbaren terrrorsicheren Provisorischen Abstelltunnel mit der Option zum Ausbau als besonders gut und umfassend ausgebauten Langzeit-Lagerungstunnel andererseits zu erwägen, dabei Transportrisiko und Standort-Verfestigungsrisiko neu zu prüfen und zu bewerten und dann eine gemeinsame Entscheidung mit zu tragen und um breite Akzeptanz für sie zu werben.

d. Union und SPD für eine deutsche Warnung vor intensivem Nuklearterror und eine Werbeoffensive zugunsten konsequent schützender Entscheidungen zuerst bei verbündeten Staaten, dann weltweit zu gewinnen und gemeinsam mit allen erreichbaren staatlichen und nichtstaatlichen Bündnispartner*innen weltweit intensiv für Schutz durch Atomausstieg zu werben."

2. Die BAG beauftragt ihre Sprecher*innen, außerdem möglichst zusammen mit den Sprecher*innen der BAG Frieden/Internationales diesen Antragstext als Globalalternative zu jedem selbständigen Antrag zu stellen, der zum Thema Zwischenlager zur 52. BDK eingereicht wird. Diese Globalalternative soll dann mit den Worten "Die Bundesdelegiertenkonferenz beauftragt den Bundesvorstand und fordert die Bundestagsfraktion auf" beginnen, und wenn Bundesvorstand und/oder Bundestagsfraktion selbst bereits bis zum Änderungsantragsschluss die empfohlenen Beschlüsse fassen, mit "Die Bundesversammlung begrüßt". - Weil auf den Antragsgrün-Seiten der BDK Antragsbegründungen netzöffentlich werden, ist die (gleich unten folgende) BAG-interne inhaltliche Begründung für diesen Antrag als BDK-Antragsbegründung so zu modifizieren, dass sie Verhandlungen mit Union und SPD nicht durch gekränkte Eitelkeiten unnötig erschwert und potentiell zum Terror geneigte Personen nicht risikoverschärfend informiert.

Verfahrensbegründung:

Wir wenden uns direkt an jene Grüne, die umgehend handeln können, um Union und SPD zügig für eine langfristig terrrorsichere Zwischenlagerung zu gewinnen.

Der flankierende Weg über einen BDK-Beschluss wird nur dann beschritten, wenn ein Antrag von anderen, der voraussichtlich deutlich schwächer ausfallen wird, das Vorlegen einer besseren Alternative erforderlich macht.

Inhaltliche Begründung:

0. Zusammenfassung:

Unsere Überlegungen kommen zum Ergebnis, dass

- terrornsichere Zwischenlagerung dringend geboten ist,
- die Schwierigkeiten, Union und SPD zu den dafür erforderlichen Investitionen zu bewegen, riesig sind,
- dass wir beide Parteien aber mit einer intelligenten Klagestrategie dazu bringen können, unter Geheimschutz alle Fakten und Argumente anzuhören, die für tatsächlich terrornsichere Zwischenlagerung sprechen,
- wozu vor allem glaubhaft dargelegt werden muss und auch kann, dass
- die Wahrscheinlichkeit intensiven Nuklearerrors gegen deutsche Zwischenlager in den kommenden Jahrzehnten ganz erheblich ist, auch schon in den nächsten zehn Jahre, weil
- zuerst Putin, dann das iranische Regime, dann andere Diktatoren starke objektive und subjektive Gründe bekommen können, für sie existenziell wichtige Konflikte durch konfliktentscheidend schwere Schläge gegen Deutschland gewinnen zu wollen,
- weil sie dies ohne größeres eigenes Risiko hybrid, d.h. durch Auftrag an große, terroranwendende Organisationen ausführen lassen können,
- weil intensiver Nuklearterror, d.h. die Freisetzung annähernd des gesamten hochradioaktiven Inventars aller Zwischenlager die mit Abstand wirksamste Methode ist, Deutschland bald kampfunfähig und sein Schicksal dauerhaft abschreckend für seine Verbündeten zu machen,
- weil terroranwendende Organisationen über hoch wirksame, kaum abzuwehrende, zur flächendeckend kontaminierenden Zwischenlageraufbrechung sehr geeignete Waffen verfügen werden, nämlich
- leichte Drohnen und schwere bunkerbrechende Waffen,
- weshalb ihr Angriff mit hoher Wahrscheinlichkeit voll "durchschlagenden" Erfolg haben wird,
- und der Schaden ungeheuer wäre;
- und danach glaubhaft dargelegt werden muss und kann, dass
- eine sehr viel sichere Zwischenlagerung technisch möglich, finanziell machbar und politisch durchsetzbar ist, weil
- zwar eine oberirdische terrornsichere Zwischenlagerung sehr viel mehr kosten würde, als Union und SPD zu finanzieren bereit wären,
- zwar sechzehn terrornsichere Tiefen-Zwischenlager trotz technischer und finanzieller Möglichkeit politisch kaum durchsetzbar wären,
- aber nach Neubewertung des Transportrisikos ein terrornsicherer Provisorischer Abstelltunnel technisch möglich, finanziell machbar und politisch durchsetzbar ist und
- zum terrornsicheren Langzeit-Lagerungstunnel ausgebaut werden kann, weil
- bei näherer Betrachtung das Standort-Verfestigungsrisiko nicht gegeben und deswegen sowohl vor Ort als auch bei Union und SPD Akzeptanz zu gewinnen ist,
- wodurch Deutschland endlich eine gute Chance gewinnt, zuerst bei verbündeten Staaten, dann weltweit für vor intensivem Nuklearterror schützenden Atomausstieg erfolgreich zu werben.

Inhaltsverzeichnis:

Teil 1: Überlegungen zur Notwendigkeit terrornsicherer Zwischenlagerung

S. 6

1.1. Zum Problem

S. 6

1.1.1. Einleitung

S. 6

1.1.2. Erstes Haupthindernis: Innere Widerstände

S. 7

1.1.3. Zweites Haupthindernis: Wucherpreis-Forderungen

S. 8

1.1.4. Drittes Haupthindernis: Geheimhaltungsproblem

S. 9

1.1.5. Viertes Haupthindernis: Kostendruck

S. 9

1.1.6. Fünftes Haupthindernis: Gesetzesentwertung

S. 11

1. 2. Zur Lösung

S. 11

1.2.1. Durch Urteilsbegründungen zur Gemeinsamen Untersuchungskommission

S. 11

1.2.2. Wie wahrscheinlich ist ein schwerer Terroranschlag auf deutsche Zwischenlager?

S. 13

1.2.2.1. Politische Kippunkte

S. 13

1.2.2.2. Extensiver Terror

S. 13

1.2.2.3. Objektive Gründe für intensiven Terror

S. 14

1.2.2.4. Subjektive Gründe für intensiven Terror

S. 15

1.2.2.5. Entschluss zu intensivem Terror

S. 16

1.2.2.5.1. Moskauer Entschluss zu intensivem Terror

S. 16

1.2.2.5.2. Teheraner Entschluss zu intensivem Terror

S. 17

1.2.2.5.3. Ausführungsbereite terroranwendende Organisationen

S. 18

1.2.2.5.4. Eigene Entschlüsse terroranwendender Organisationen

S. 20

1.2.2.5.5. Militant-salafistische Entschlüsse

S. 20

1.2.2.5.6. Spätere Entschlüsse anderer Diktaturen

S. 20

1.2.2.5.7. Unverantwortlichkeit des Abwartens

S. 22

1.2.3. Wie wahrscheinlich ist sein "Erfolg"?

S. 22

1.2.3.1. Zur Eignung von Waffen für intensiven Nuklearterror

S. 23

1.2.3.1.1. Überholte Szenarien

S. 23

1.2.3.1.2. Gefahr durch gelenkte Flugzeugabstürze

S. 24

1.2.3.1.3. Gefahr durch handgetragene panzerbrechende Waffen

S. 24

1.2.3.1.4. Gefahr durch leichte Drohnen

S. 25

1.2.3.1.5. Gefahr durch schwere bunkerbrechende Waffen

S. 26

1.2.3.1.5.1. Leistungsfähigkeit schwerer bunkerbrechender Waffen

S. 26

1.2.3.1.5.2. Geringe Aussichten auf vollständige Luftabwehr

S. 27

1.2.3.1.5.3. Schwere bunkerbrechende Waffen von Mittel- bzw. Regionalmächten

S. 28

1.2.3.1.5.4. Keine Obergrenze für Entwicklungen schwerer bunkerbrechender Waffen

S. 29

1.2.3.1.5.5. Vorteile schwerer bunkerbrechender Waffen für terroranwendende Organisationen

S. 29

1.2.3.1.5.6. Schwere bunkerbrechende Waffen von terroranwendenden Organisationen

S. 30

1.2.3.1.5.7. Landesgrenzenüberschreitende Einsetzbarkeit schwerer bunkerbrechender Waffen

S. 30

1.2.4. Wie hoch wäre im "Erfolgsfall" der Schaden?

S. 31

Teil 2: Überlegungen zur Möglichkeit terrrorsicherer Zwischenlagerung

S. 31

2. Wie ist eine sehr viel sichere Zwischenlagerung technisch möglich und auch finanziell machbar?

S. 31

2.1. Wie ist eine sehr viel sichere Zwischenlagerung oberirdisch technisch möglich und auch finanziell machbar?

S. 32

2.2. Wie ist eine sehr viel sichere Zwischenlagerung unterirdisch technisch möglich und auch finanziell machbar?

S. 34

2.2.1. Sind sechzehn Tiefen-Zwischenlager technisch möglich und auch finanziell machbar?

S. 34

2.2.2. Sind sechzehn Tiefen-Zwischenlager unsere einzige Chance?

S. 37

2.2.3. Zum Transportrisiko

S. 37

2.2.4. Kann ein Provisorischer Abstelltunnel gefunden und genutzt werden?

S. 38

2.2.5. Kann ein Langzeit-Lagerungstunnel gebaut werden?

S. 39

2.2.6. Zum Standort-Verfestigungsrisiko

S. 40

2.2.7. Erfolgreiches Werben für weltweiten Atomausstieg mit deutscher unterirdischer Zwischenlagerung

S. 41

Teil 1: Überlegungen zur Notwendigkeit terrrorsicherer Zwischenlagerung

1.1. Zum Problem

1.1.1. Einleitung

Als gute, engagierte und übersichtliche Einführung in die Problematik sind Oda Beckers Studien "Mögliche Auswirkungen von Terrorangriffen auf Zwischenlager für hochradioaktiven Abfall am Beispiel der Zwischenlager in Ahaus und Brokdorf" (mit Jutta Weber, im Auftrag von .ausgestrahlt, Dezember 2024, https://www.ausgestrahlt.de/media/filer_public/28/79/2879b772-0fdd-4312-bc4d-16c3f52a291f/zwischenlager-ahaus-brokdorf-ausgestrahlt.pdf , nachfolgend „Becker 2024“) und im Auftrag des BUND "Aktuelle Probleme und Gefahren bei deutschen Zwischenlagern für hoch-ra dioaktive Abfälle" (Juni 2023, https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/BUNDStudieDeutscheZwischenlager.pdf , nachfolgend „Becker 2023“), "Stellungnahme zum geplanten Neubau eines Er satztransportbehälterlagers (ESTRAL) bei Lubmin" (https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/atomkraft_neubau_zwischenlager_lubmin_stellungnahme.pdf , März 2022, nachfolgend „Becker 2022“) sowie "Aktuelle Probleme und Gefahren bei deutschen Zwischenlagern für hoch-radioaktive Abfälle" (September 2020, https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/atomkraft_zwischenlager_studie_2020.pdf , nachfolgend „Becker 2020“) sehr geeignet.

Mit ihnen zeigt Oda Becker solide und plausibel: keines der bestehenden Zwischenlager ist wirk sam gegen Terrorangriffe geschützt und der für Lubmin vorgesehene Neubau auch nicht. Ge gen den gezielten Absturz einen Verkehrsflugzeugs (Becker 2024, Becker2023, Becker 2022, Be cker 2020), gegen einen Beschuss mit panzerbrechenden Waffen (Becker 2024, Becker 2023, Be cker 2022, Becker 2020) und gegen einen Angriff mit mehreren Sprengstoff-und-Brandbeschleuni ger-Drohnen (Becker 2024, Becker 2023) sind sie nicht gesichert.

Käme es allein auf die Grünen an und könnten sie mit absoluter Mehrheit der Bundestagsmandate frei entscheiden, dann könnten diese Informationen eventuell schon reichen. Wir würden uns dann bald einfach darauf einigen:

"So, wie die Zwischenlager jetzt sind, können sie nicht bleiben. Graduelle Verbesserungen reichen auf keinen Fall. Das muss sich grundlegend ändern. Wir werden das grundlegend ändern - umge hend".

Aber von dieser Mandatsmehrheit sind wir weit entfernt und können sie auch im nächsten Bundes tag nicht erwarten.

Wollen wir also terrrorsichere Zwischenlager, dann müssen wir aus einer Minderheitsposition heraus arbeiten und die ist in mehrfacher Hinsicht prekär.

Gutachten wie die von Oda Becker sind eine wertvolle, eine unentbehrliche Argumentationshilfe, aber erst der Beginn der notwendigen Überzeugungsarbeit. Die ist im Kern eine politische Aufgabe - unsere Aufgabe - und sie wird, wie wir gleich sehen werden, ausgesprochen schwierig.

Um Union und SPD vor der kommenden Bundestagswahl oder in Koalitionsverhandlungen 2029 für Investitionen in mindestens zweistelliger Milliardenhöhe (und um die geht es hier) zu gewinnen, brauchen wir wirklich überzeugende Antworten auf die Fragen

- wie wahrscheinlich ist ein schwerer Terroranschlag auf deutsche Zwischenlager,
- wie wahrscheinlich ist sein "Erfolg",
- wie hoch wäre im "Erfolgsfall" der Schaden,
- wie ist eine sehr viel sichere Zwischenlagerung technisch möglich und auch finanziell machbar?

Hier muss nun zunächst erklärt werden, was diese politische Aufgabe so schwierig macht und dann, wie diese Schwierigkeiten - hoffentlich! - überwunden werden können.

1.1.2. Erstes Haupthindernis: Innere Widerstände

Das erste Haupthindernis sind die - menschlich vollkommen verständlichen - großen inneren Widerstände derjenigen, die wir als Bündnispartner*innen notwendig brauchen:

Widerstände von allen, die sich ein "verstrahltes" Deutschland höchstens abstrakt, am liebsten aber gar nicht vorstellen wollen. Von allen, die sich innerlich heftig sträuben gegen den Gedanken, Menschen könnten wirklich so böse sein, den Lebensraum von Millionen für unabsehbare Zeit radioaktiv zu verseuchen und gleichzeitig Hunderttausende oder Millionen todkrank zu machen. "Es kann sich doch nur ein Wahnsinniger vornehmen, ein ganzes Land zu großen Teilen unbewohnbar zu machen".

Grüne können sich gegenseitig bitten, wenigstens im Planspiel die potentielle Notwendigkeit potentiell lebensrettender Vorbeugungsmaßnahmen zu erwägen.

Grüne können Nicht-Grüne zwar auch zu deren gedanklicher Teilnahme an solchen Planspielen einladen. Damit die diese Einladung annehmen und anschließend "aus dem Spiel Ernst machen", also aus den Planspielergebnisse den politischen Entschluss gewinnen, eine nun als real erkannte Gefahr mit realer Gefahrenabwehr zu begegnen, gehört sehr vieles.

Eine sehr oft eintretende Reaktion von Menschen, die mit einer besonders unwillkommenen Botschaft konfrontiert werden, ist ja, erst einmal die Glaubwürdigkeit der Überbringenden anzuzweifeln.

Erinnern wir uns, wie lange Atomkraftgegner*innen von "interessierter Seite" unter Generalverdacht gestellt wurden: ihre "Atomangst" sei "panisch" (<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-03/japan-deutschland-atom-reaktionen/komplettansicht> , <https://www.zeit.de/2011/24/P-Zeitgeist-German-Angst>), sie litten unter "Atom-Hysterie" (<https://taz.de/Die-Renaissance-der-Atomkraft-verhindern/!602622/> , <https://taz.de/Medien-Fallout/!440902/> , <https://taz.de/Debatte-Atomlobby/!5124054> , <https://taz.de/Ein-Jahr-nach-dem-Fukushima-Gau/!5098699> , <https://taz.de/Das-war-Hysterie/!610303/>), ihre Atom-Phobie verdiene eher psychotherapeutische Zuwendung als ernsthaften politischen Dialog. - Auf dieser Linie wird übrigens auch heute noch argumentiert, siehe z.B. <https://www.l-iz.de/bildung/buecher/2026/01/zurueck-zur-normalitaet-norbert-bolz-644595> , <https://www.derpragmaticus.com/r/atomkraft-angst> .

Vergleichbares haben wir auch jetzt zu erwarten, aber unter deutlich verschärften Bedingungen.

Der Grund dafür liegt vor allem in den Schmutzfluten an Desinformationen, Horrorszenarien, Verdächtigungen gemischt mit wüsten Beleidigungen und kompletten Verschwörungstheorien, mit denen soziale Medien überschwemmt werden, initiiert, orchestriert und zynisch instrumentalisiert besonders von Rechtspopulist*innen, Rechtsextremen und Putins Leuten. - In der Flut an völlig unseriösen Katastrophenwarnungen droht eine seriöse unterzugehen.

1.1.3. Zweites Haupthindernis: Wucherpreis-Forderungen

Hinzu kommt als zweites Haupthindernis die fatale Neigung unserer potentiellen Koalitionspartner*innen, Verhandlungen und Bündnisse als Nullsummenspiele misszuverstehen und zu betreiben. Um möglichst viel "Verhandlungsmasse" aufzubauen, tendieren sie dazu, grüne Programmforderungen - auch wenn ihre klügeren Köpfe sie selbst schon als "von der Sache her eigentlich geboten" erkannt haben - öffentlich mindestens als "bestreitbar" und "umstritten" darzustellen und dabei oft genug sich selbst und ihre Parteibasis und Anhängerschaft in entsprechende Ausführungen hineinzusteigern; das kann dann, z.B., bis zum Kampfbegriff "Klimahysterie" gehen (<https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/koalition-der-klimawandelleugner-a-c1a03be4-8921-4898-a4f3-a11a1c814008>). Anschließend verwenden sie solche Realitätsausblendungen, um grüne Forderungen

in Koalitionsverhandlungen hartnäckig "strittig" zu stellen und "als angemessene Gegenleistung" möglichst große grüne Konzessionen zu verlangen.

Als zu wesentlichen Anteilen strukturalistische Parteien leben sie, freundlich gesagt, von und für „politische(r) Entschleunigung“. Deutlich gesagt: sie hegen und pflegen als integralen Bestandteil ihrer politischen Kernkompetenz das Abbremsen und Ausbremsen. Dies seit Jahrzehnten sehr „erfolgreich“. Wollen Grüne Wichtiges verändern, setzen sie, so lange es geht, auf Vertrösten, Verzögern, Verschleppen, Verwässern und Verhindern.

Das alles legt es Union und SPD leider nahe, zunächst mal ungefähr so zu reagieren:

"Haben die Grünen sich jetzt von der ganzen Panikmache anstecken lassen? Sie verlangen nun eine ganz andere Art von terrorisierter Langzeitzwischenlagerung? Das ist, höflich gesagt, deren Luxus-Angst, das ist deren Luxus-Bedürfnis. Nicht unsere Angst, nicht unser Bedürfnis. Also wenn überhaupt, machen wir das nur, wenn die Grünen die politischen Kosten alleine übernehmen."

Sie werden dann dickfellig und kaltschnäuzig "einen richtig hohen Preis" verlangen und das könnte leicht ein Wucherpreis in unzumutbarer Höhe werden.

1.1.4. Drittes Haupthindernis: Geheimhaltungsproblem

Weiter verschärfend wirkt das dritte Haupthindernis, das Geheimhaltungsproblem: Terrorgefahr und Terrorvorbeugung können sicherheitshalber nur hinter verschlossenen Türen in vollem Ausmaß erörtert werden. Jede einigermaßen detailscharfe Darlegung eines Angriffsrisikos kann gleichzeitig als detailgenaue Anleitung Terrorwilligen die am meisten "erfolgsversprechenden" Angriffsmethoden bekannt machen (vgl. Becker 2023, S. 52f. und 55f., <https://www.base.bund.de/shareddocs/downloads/de/broschueren/zwischenlager-broschuere.pdf>, dort S. 43). Jede einigermaßen konkrete Darlegung erwartbarer Wirkungen eines „erfolgreichen“ Angriffs kann für generell an Terror Interessierte höchst verlockend sein. Die Warnung vor Terror würde so zur Einladung zum Terror. Das wäre nicht zu verantworten.

Diese Komplikation setzt jeder öffentlichen Kampagne harte Grenzen. Informationen, die wirklich viele Menschen mobilisieren würden, könnten in voller Deutlichkeit nur mit dem Risiko medial verbreitet werden, damit noch latente Gefahren zu in naher Zukunft realisierbaren Terrorplänen und Terrorentschlüssen zu verdichten.

Das ist im Prinzip nichts Neues. Der administrativ-exekutive Umgang damit eigentlich auch nicht.

Sicherheitsverantwortliche versichern seit langem bei "passenden Gelegenheiten" sinngemäß, man habe sehr wohl ein belastbares Abwehrkonzept, würde dies liebend gern zur Beruhigung unangebrachter Befürchtungen auch öffentlich vorstellen, nur leider, leider könnten dann auch Terroristen von diesen Informationen Gebrauch machen, weshalb es leider, leider bei der herzlichen Bitte bleiben müsse "Vertraut uns, wir passen schon auf!". So auch gegenwärtig, vgl. z. B. Becker 2024, S. 17., Becker 2020 S. 45; Bundesumweltministerium und BfS haben die dort zitierten Texte von ihren Servern genommen).

Eine detaillierte Widerlegung solcher Behauptungen kann nicht öffentlich geschehen. Es wird daher kaum möglich sein, Union und SPD durch breiten öffentlichen Protest zum Innehalten und Umdenken zu bewegen.

1.1.5. Viertes Haupthindernis: Kostendruck

Weiter verschärfend wirkt das vierte Haupthindernis, der massive und massiv wachsende Kostendruck, der auch anerkannt dringende Maßnahmen in Haushalts-Nadelöhren einquetscht und zerquetscht.

Eigentlich ist es absurd: in einer Lage, in der der materielle Wohlstand (zum großen Teil frei verfügbares Geldvermögen) so groß ist wie nie zuvor in der Geschichte unseres Landes, in der die

Bundesbank 27235,2 Milliarden Volksvermögen (Stand 2024, <https://www.bundesbank.de/resource/blob/615796/0986b370c86b33934662acf90c22a991/472B63F073F071307366337C94F8C870/sektoale-und-gesamtwirtschaftliche-vermoegensbilanzen-data.pdf>), dort S. 6; Grünen ist klar, wie fiktiv diese „Buch-Werte“ sind, zu welchem menschlichem und ökologischem Preis sie zustande kommen – das ist aber nicht Thema, hier geht es lediglich um die immerhin teilweise vorhandene politische Nutzbarkeit dieses Schein-Reichtums) errechnet, verarmt unser Staat immer weiter, wird magersüchtig statt schlank und unterlässt seit Jahrzehnten notwendige Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen. Die Union und mit ihr der rechte Flügel der SPD ist immer noch gefangen in neoliberaler Ideologie und deren Steuersenkungsimperativen. In deren Würgegriff werden erforderliche Staatsausgaben so weit abgedrosselt und blockiert, dass mittlere weile die staatliche Handlungsfähigkeit in Frage steht und das Vertrauen nicht in den Staat selbst, aber in die freiheitlich-demokratischen Parteien immer weiter erodiert, weil sie ihn so elend schlecht lenken.

Die Verteilungskonflikte innerhalb der gegenwärtigen Regierungskoalition machen sehr deutlich: bis auf weiteres ist die Union weit davon entfernt, endlich die selbstverschuldete Verengung finanzieller Handlungsspielräume durch beherzte Steigerung der Staatseinnahmen aufzuhebeln und die notwendigen Steuererhöhungen mit zu beschließen.

Ändern ließe sich das erst mit einer Bundestagsmehrheit links der Union. Wann wir sie erreichen, ob wir sie überhaupt erreichen, ist ungewiss.

Grüne können bis dahin nicht anders, als sich auf diese an sich absurden Arbeitsbedingungen einzustellen, mit ihnen zu rechnen und in ihnen zu arbeiten. Und das wird noch deutlich schwieriger als jetzt schon. Die Niedrigzinsphase ist zu Ende, die hohen Staatsschulden werden zu immer höheren Zinssätzen „bedient“ werden müssen. Das wird Handlungsspielräume noch weiter verknappen. Im Streit um Rest-Möglichkeiten werden Union und SPD sich noch mehr hin zu in den nächsten Jahren Stimmen eintragenden Erfolgen orientieren und mit der „vorzeigbaren“ Deckung materieller Bedürfnisse ihrer Stammwählenden ihre schwindende politische Bedeutung stabilisieren wollen.

Güterabwägungen werden sehr viel härter vorgenommen werden.

Menschen neigen – in unserem Land, nach der längsten Friedenszeit unserer Geschichte – gewöhnlich dazu, ihre persönliche Unversehrtheit und die ihrer Mitbürger*innen „alltagsoptimistisch“ erst einmal einfach als „normal“ und erwartbar zu betrachten. Politisch gesehen, zählt das durch recht zeitige Vorsorge verhütete Unglück wenig. Sehr viel mehr zählt, was „tatsächlich passiert“ und dann als Veränderung direkt spürbar ist, daran vor allem werden politische Leistungen meistens gemessen. „There is no glory in prevention“. Koalitionsverhandlungen und Haushaltsverhandlungen werden auch als politische Antwort auf diese Erwartungshaltungen gegeben. Prioritäten werden entsprechend gesetzt. Nach der Flutkatastrophe im Ahrtal bewilligte der Bundestag 30 Milliarden Wiederaufbauhilfe (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw34-de-hochwasser-854470>). Wir wissen: wiederholen kann so eine Flutkatastrophe sich jederzeit und nicht bloß im Ahrtal, sondern überall in Deutschland, wo Starkregenfluten nach durrebedingten Bodenverhärtungen Täler weit über den bisherigen Hochwasserlinien unter Wasser setzen können. Aber wie viele Milliarden wurden inzwischen für Überflutungsschutz in Mittelgebirgslandschaften mobilisiert?

Es reicht deswegen leider nicht, die Unabweisbarkeit und die Dringlichkeit terrorssicherer Atom müll-Lagerung - gegen große innere Widerstände, gegen hartnäckig Einwände suchendes Misstrauen - so überzeugend zu begründen, dass die gegenwärtig Regierenden eigentlich kaum anders können, als diese Forderung zu erfüllen. Gleichzeitig müssen wir sie auch noch davon überzeugen, dass für andere politische Ziele anders als von ihnen eigentlich geplant und versprochen auf unabsehbare Zeit zurückzustellen, also auf ihre Verwirklichung mindestens in der laufenden Legislaturperiode zu verzichten. Das würde Union und SPD schwer fallen; über so ziemlich alles, was es in Haushaltspläne geschafft hat, haben sie schon untereinander hart und „unter Opfern“ verhandelt.

1.1.6. Fünftes Haupthindernis: Gesetzesentwertung

Die gegenwärtig Regierenden und diejenigen von ihnen, die 2029 über Koalitionen verhandeln werden, werden von sich aus den Schutz vor atomaren Gefahren als gesetzlich bereits hinreichend gesichert und „noch mehr“ Schutz als nachrangig behandeln.

Es genügt in dieser Lage leider auch nicht, Rechtsmittel gegen den Status quo einzulegen. Falls solche Prozesse bis zur nächste Bundestagswahl zu rechtskräftigen Urteilen führen, die kostenintensive Nachrüstungen zur Rechtspflicht erklären, kann dieser Prozesserfolg leicht entwertet werden. Die schwarz-rote Koalition hat es in der Hand, den Gesetzestext einfach durch eine (unauffällig gestaltete) Gesetzesnovelle an den entscheidungsrelevanten Stellen so zu ändern, dass anschließend diese Rechtspflicht entfällt und der Ist-Zustand formal zulässig wird.

Sie werden sich untereinander in etwa auf Folgendes verständigen:

„Wir sollen jetzt zehn- und elfstellige Summen herausrücken? Wofür? Bloß um wenige hundert Leute vor dem schnellen Strahlentod, nur um wenige zehntausend Leute vor Krebserkrankungen zu schützen, und nur um wenige tausend Hektar landwirtschaftlich nutzbar zu halten? Und das bloß für einen „nicht als nahezu ausgeschlossen“ geltenden Fall und um dem „größtmöglichen denkbaren Ausmaß des Besorgnispotentials“ Rechnung zu tragen? Das heißt doch praktisch „nur ganz vielleicht“ [vgl. Leitsätze 1 und 2 in <https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/NJRE001161351>] . - Kommt gar nicht in Frage. Das machen wir nicht. Eher ändern wir wieder mal das Atomgesetz.“

Davon müssen wir leider ausgehen und unser Vorgehen entsprechend gestalten.

1. 2. Zur Lösung

1.2.1. Durch Urteilsbegründungen zur Gemeinsamen Untersuchungskommission

Grüne Antworten sollten betont nüchtern und sachlich vorgetragen werden. Um allen "Alarmismus"-Vorwürfen vorzubeugen, sollte sorgfältig Abstand zu möglichen Übertreibungen gehalten werden. Aber zugleich müssen diese Antworten auch konkret und anschaulich genug gegeben und hinreichend belegt und genau erläutert werden.

Sie sollten in einem ersten Schritt dort vorgetragen werden, wo die Geheimhaltungsforderung mit Sicherheit zu erfüllen ist.

Gegen eine nichtöffentliche Anhörung in, z.B., einer gemeinsamen Sitzung von Unterausschuss und Innenausschuss könnte eventuell eingewendet werden, dass dort AfD-Abgeordnete (und deren Mitarbeitende) anwesend seien, das Vorgetragene aufzeichnen bzw. kopieren und dann eventuell die Daten so weiterreichen könnten, dass sie, z.B., in Moskau oder Peking, in Teheran, Beirut oder Sanaa landeten.

Aber Gerichte können mit der Öffentlichkeit auch Abgeordnete der AfD und deren Mitarbeitende ausschließen (https://www.gesetze-im-internet.de/gvg/_172.html) und sich dann anhören und ansehen, was öffentlich aus Geheimhaltungsgründen nicht erörtert werden kann.

Klagende können dort Gutachten und Sachverständigenaussagen vorbringen, die zu technischen Möglichkeiten, in terroristischer Absicht Zwischenlager so "aufzubrechen", dass deren radioaktives Inventar zum großen oder größten Teil „in die Luft geht“, und zu den erwartbaren Folgen einer derartigen „Freisetzung“ klar und umfassend Stellung nehmen.

Diese Möglichkeit sollten wir bald und flächendeckend nutzen. Grüne sollten Klagen gegen jeden der vorhandenen oder geplanten Zwischenlager-Zustände selbst führen oder unterstützen.

Hauptprozessziel sollte dabei die Veröffentlichung von Urteilsbegründungen sein, in denen Gerichte sinngemäß feststellen, dass die vorgebrachten Beweismittel nach ihrem Eindruck ausreichen, um für die

nächsten hundert Jahren von sehr erheblicher Wahrscheinlichkeit für schwere Terrorangriffe auf deutsche Zwischenlager auszugehen, dies bereits in den nächsten zehn Jahren; dass solche Angriffe mit hoher Wahrscheinlichkeit die von den Angreifenden gewollte Wirkung auch erreichen und dann der Schaden ungeheuer groß würde; und schließlich, dass die vorgebrachten Konzepte für eine sehr viel sichere Zwischenlagerung sich jedenfalls prima facie als technisch gut möglich und auch finanziell durchaus leistbar und in absehbarer Zeitspanne machbar darstellten und daher von Bundestag und Bundesregierung gleich anschließend genau und intensiv geprüft und ggf. umgehend realisiert werden sollten. - Natürlich würde es sehr helfen, wenn all dies bereits in allen oder den meisten Urteilsbegründungen der jeweils ersten Instanz stünde. Wenn einzelne Gerichte erster Instanz zwar einem Weg vorbei an § 44 Abs. 3 AtG zustimmen, sich aber dann nicht von den Beweisführungen überzeugen lassen, können Revisionen und Berufungen folgen, und Hauptziel dieser Prozesskampagne ist nicht in erster Linie das letztinstanzliche Urteil (bis das Bundesverfassungsgericht oder der Europäische Gerichtshof gesprochen haben, kann es länger dauern, schon der ordentliche Rechtsweg im Brunsbüttel-Verfahren brauchte fast elf Jahre, <https://www.base.bund.de/de/zwischenlager/aufbewahrung/standorte-zwischenlager/zwischenlager-brunsbuettel/zwischenlager-brunsbuettel-atomrechtliche-situation.html>), sondern der möglichst rasche Übergang zum zweiten Schritt. Der ließe sich nach einer Klageabweisung wegen § 44 Abs. 3 AtG schnell gehen. Eine bereits fertig vorbereitete Klage vor dem BVerfG gegen § 44 Abs. 3 AtG („Funktionsvorbehalt“, am 10. 6. 2021 gegen das grüne „Nein!“ beschlossen, <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19233.pdf>, S. 30053 bzw. pdf-S. 151) hätte erkennbar gute Erfolgsaussichten, siehe Stellungnahme des Bundesrats zur 17. Atomgesetznovelle <https://dserver.bundestag.de/btd/19/276/1927659.pdf>, dort S. 20 – 22 und die Stellungnahmen u.a. von Dörte Fouquet, Linda Compagnini, Juliane Dickel und Olaf Däuper in der Umweltausschusssitzung vom 5. 5. 2021, <https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7511687> und Ulrich Wollenteit, https://umweltfairaendern.de/wp-content/uploads/2020/12/atomkraft_atomgesetz_stellungnahme_2020.pdf, dort S. 5 – 9. Wenn die Darlegung der Gefahrenlage in der Klageschrift richtig gut belegt und eindrucksvoll formuliert ist, werden Union und SPD nicht bis zur Urteilsverkündung warten wollen.

Dieser zweite Schritt ließe sich z.B. gut durch eine gemeinsame Sitzung von Bundessicherheitsrat und Parlamentarischem Kontrollgremium einleiten. Dort hätte der einzige Grüne in dieser Runde, Konstantin v. Notz, die (wenn auch nicht leichte, so doch einfache) Aufgabe, die anderen zur Erkenntnis zu führen: klären können die strittigen Fragen nur intensive Untersuchungen und Debatten von und mit Sachverständigen und dafür reicht das Zeitbudget von Bundessicherheitsratsmitgliedern und Parlamentarisches-Kontrollgremiums-Mitgliedern definitiv nicht aus. Dann sollten sich die Teilnehmenden darauf einigen, gemeinsam Mitglieder einer Gemeinsamen Untersuchungskommission zu benennen, eventuell mit Bundesratsbeteiligung. Da sollten dann genügend Grüne und Grün-Nahe Sitz und Stimme erhalten und nach Möglichkeit auch von der Linkspartei Benannte. Die Gemeinsame Untersuchungskommission sollte natürlich streng vertraulich arbeiten.

Grünes Ziel sollte sein, dass die anderen Parteien die grünen Forderungen als im Kern unabweisbar, zielführend und eilbedürftig anerkennen und zusammen mit Grünen zügig weiter entwickeln, zur Baureife konkretisieren und schnell verwirklichen.

1.2.2. Provisorische Antwort auf die Frage

Wie wahrscheinlich ist ein schwerer Terroranschlag auf deutsche Zwischenlager?

1.2.2.1. Politische Kippunkte

Hier muss erklärt werden, dass solche Angriffe mit ganz erheblicher Wahrscheinlichkeit in den nächsten fünfzig bis hundert Jahren zu erwarten sind und die Wahrscheinlichkeit dafür bereits in den nächsten zehn Jahren jedenfalls nicht gering ist.

Hierbei wird die Beweisführung am schwierigsten, denn sie betrifft die Lebensentscheidungen vieler einzelner. Die können selbst noch nicht wissen, dass sie sie treffen werden, teilweise, weil ihr Leben

noch gar nicht begonnen hat, teilweise, weil sie die zum radikalen Mordvorsatz notwendigen Radikalisierungsschritte noch nicht gegangen sind. Geschichte ist grundsätzlich offen und Menschen grundsätzlich frei bis zum letzten Moment vor der Tat. Von niemand kann also mit Sicherheit vorhergesagt werden, dass sie oder er wirklich zur Tat schreiten wird, auch noch nicht das Wann und Wo.

Den vollständigen Beweis der Möglichkeit einer Katastrophe liefert ja immer erst die tatsächlich eintretende Katastrophe, die katastrophale Wirklichkeit. Bis dahin kann nie mehr als die hohe Wahrscheinlichkeit ihrer realen Möglichkeit und die hohe Wahrscheinlichkeit ihres real katastrophalen Ausmaßes dargelegt werden.

Die glaubhaft zu machende Prognose zum Terrorschluss kumuliert viele Einzelfallrisiken. Sie kann sie teilweise aus bisherigen Terrorakten erschließen, aber nicht einfach durch Fortschreibung laufender Statistiken. Denn was hier darzulegen ist, ist eine Akzeleration und Eskalation, die weit über alles bis jetzt Geschehene hinaus führen wird. Es geht um politische Kippunkte.

Dass politische Kippunkte überhaupt möglich sind, dass also nicht nur das Weltklima, sondern auch das weltgesellschaftliche Zusammenleben Kippunkte haben kann, lässt sich vorläufig am besten durch zeitgeschichtlichen Rückblick begründen. Vor achtzig Jahren wurden kurz hintereinander zwei weltgeschichtliche Kippunkte überschritten: zwei Regionalmächte, Deutschland und Japan, radikalisierten für ihren Griff nach der Weltmacht kolonialen Imperialismus zu rassendarwinistischen Unterwerfungs- und Vernichtungskriegen. Eine weitere, die USA, beschleunigte ihren welthegemoniebegründenden Sieg durch nuklearen Massenmord und sicherte ihn damit auch gleich durch Abschreckung ihres Systemgegners, der Sowjetunion.

In kommenden Jahrzehnten, eventuell bereits im kommenden Jahrzehnt droht nun ein weiterer politischer Kippunkt mit Überschreitung.

1.2.2.2. Extensiver Terror

Die Sorge vor Nuklearterror hat gegenwärtig "keine Konjunktur"; der letzte US-Präsident, der sie richtig ernst nahm, war Obama (https://en.wikipedia.org/wiki/Nuclear_Security_Summit). Nicht nur Aufmerksamkeit, auch Besorgnis ist in den multiplen Krisen unserer Weltgesellschaft ein ziemlich knappes Gut.

Dafür, dass sie sich von der terroristischen Gefährdung atomarer Anlagen abgewendet hat, gibt es – neben der dichten Folge konkurrierender „Aufregerthemen“ – auch eine in der Sache liegende Erklärung. Denn beim Blick auf eine Übersicht wie https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Terroranschlägen fällt auf:

all das waren fast nur Anschläge mit einstelligen, zweistelligen und dreistelligen Opferzahlen. Von den wenigen im (niedrigen) vierstelligen Bereich sollten alle (bis auf einen, den vom 11. 9. 2003) als Vertreibungs-Massaker herausgenommen und separat analysiert werden, denn sie waren Verbrechen während eines offen geführten Krieges bzw. Bürger*innenkrieges. - Die Terrorangriffe im eigentlichen Sinn wurden überwiegend als Werk von Einzelnen und Kleingruppen durchgeführt. Die Täter*innen – zum Teil mit einer kleinkriminellen Vergangenheit und/oder psychischen Störungen, zum Teil auch aus nachfühlbarer politischer Verzweiflung – wollten oft wenig mehr, als mit ihrem erweiterten Suizid „ein Zeichen setzen“, manche auch bloß, um sich selbst als „edle Märtyrer“ zu inszenieren. Es waren, nüchtern betrachtet, lediglich „demonstrative“ Anschläge.

Für diejenigen, die dort getroffen wurden, und ihre Angehörigen waren sie eine persönliche Katastrophe, Qual und Leid. Aber was ist für eine große Nation Verletzung und Tod weniger Einzelner? Eine empörende Provokation, gewiss. Aber mehr auch nicht.

Die Terrorakte vom 11. September 2003 ragen hier als große, spektakuläre Ausnahme heraus, aber nicht durch die Zahl der Opfer, sondern weil die damalige US-Regierung sich durch sie zur Kriegsführung im Irak und in Afghanistan provozieren ließ. Bushs alles andere als intelligenter Umgang mit seinen militärischen Anfangserfolgen leitete eine Entwicklung ein, die inzwischen aus islamistischer Sicht durchaus als Erfolg gewertet werden kann. Diese eine Ausnahme sollte aber niemanden über den Regelfall täuschen.

Terrorakte des bislang üblichen Typs - schnell geschehen, schnell vorbei, lokal eng begrenzt, wenige Opfer - können, wenn öfter wiederholt und entsprechend gezielt eingesetzt, durchaus dazu beitragen, angegriffene Bevölkerungen politisch zu destabilisieren und einzelne Personen zum Seitenwechsel und zur Unterstützung und Teilnahme an späteren Aktionen motivieren. Aber, und darauf kommt es an: nur langsam. Politische Bedeutung können sie erst nach und nach und im Rahmen einer längerfristig angelegten Zermürbungsstrategie erhalten.

1.2.2.3. Objektive Gründe für intensiven Terror

Das wird sich jedoch ganz grundlegend ändern, sobald eine Macht

- einen großen, als existenziell wichtig empfundenen Konflikt unbedingt gewinnen will,
- die offene Kriegsführung gegen einen Haupt-Konfliktgegner als zu riskant und/oder zu wenig aussichtsreich sieht,
- aber sich große Chancen ausrechnet, diesen Haupt-Konfliktgegner durch Terroranschläge konfliktentscheidend zu schwächen,
- und dabei durch verdecktes Vorgehen massiven Vergeltungsmaßnahmen entgehen zu können.

Dann hat diese Macht objektiv ein sehr starkes machtpolitisches Interesse, diesen Weg zum Sieg (oder was sie für einen Sieg hält) zu beschreiten. Will sie ihn gehen, wird sie in möglichst kurzer Zeitspanne siegen wollen.

Dann wird diese Macht von extensivem Terror zu intensivem Terror übergehen. Um den Terror zu intensivieren, wird sie zusehen, wie sie die bisherige Schadenshöhe so weit nach oben skalieren kann, dass die Angegriffenen den Konflikt verloren geben müssen. Dafür muss sie die bislang vor kommenden Terrorschäden um mehrere Größenordnungen nach oben steigern.

Soweit die abstrakten Gründe, Terrorintensivierung als strategisches Instrument ins Auge zu fassen.

Damit sich eine Macht wirklich für diese Strategie entschließt, müssen sehr starke subjektive Gründe hinzu kommen.

1.2.2.4. Subjektive Gründe für intensiven Terror

Auf welchem Boden solche subjektiven Gründe, solche Seelen(ver-)formungen wachsen und dominierend werden, zeigt - in wesentlichen Zügen und hinreichend deutlich - die Zeitgeschichte unseres eigenen Landes.

Der Männerheimbewohner Hitler ließ 1909 - 1913 zwei jüdische Bilderrahmenhändler und zwei jüdische Mitbewohner seine Pinselwerke verkaufen (https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Hitler) - da wusste er selbst noch nicht, dass er sich zum Antisemiten entwickeln würde. Das geschah dann ab 1919 durch „teilnehmende Beobachtung“ und Akzeptanz und Resonanz erwerbende Selbstradikalisierung in jenem Milieu, das als einziges seinem Geltungsdrang und Machthunger Erfolg verschaffen konnte, dem des völkischen Nationalismus. Der Hitler, der im Sommer 1925 den zweiten Band von "Mein Kampf" fertig formulierte, war radikaler Antisemit und machte daraus kein Geheimnis („Hätte man zu Kriegsbeginn und während des Krieges einmal zwölf- oder fünf zehntausend dieser hebräischen Volksverderber so unter Giftgas gehalten, wie Hunderttausende unserer allerbesten deutschen Arbeiter

aus allen Schichten und Berufen es im Felde erdulden mußten, dann wäre das Millionenopfer der Front nicht vergeblich gewesen. Im Gegenteil: Zwölftausend Schurken zur rechten Zeit beseitigt, hätten vielleicht einer Million ordentlicher, für die Zukunft wertvoller Deutschen das Leben gerettet.") und seit dem Erscheinen dieses zweiten Bandes Ende 1926 hätten auch andere seinen Vernichtungsvorsatz wenigstens erahnen können. - Die Mehrzahl der Erwachsenen waren 1933 - 1945 aber bereit, ein Regime mit kriminellen Zügen hinzunehmen. Viele Millionen, darunter auch viele hoch intelligente Menschen, haben sich umgehend "gläubig" angeschlossen und/oder sich opportunistisch in seinen Dienst gestellt. Sie trugen bereitwillig die Kriegsvorbereitungen mit. Für nahezu sechs Weltkriegsjahre unterstützten es Millionen "mit vollem Risiko" - bis zum bitteren Ende. Zehntausende haben eigenhändig mit gefoltert und gemordet, die meisten davon waren voll zurechnungsfähig. Dies, obwohl die Rechtfertigungsideologie für den beabsichtigten, planmäßig vorbereiteten und dann durchgeführten Vernichtungskrieg zu wesentlichen Teilen auf einer pseudowissenschaftlichen "Rassentheorie" fußte, deren irrationale Elemente jedenfalls für wissenschaftlich geschulte Menschen an sich leicht hätten erkennbar sein müssen. - Das dritte Reich kann durchaus auch als "Terrorstaat" analysiert werden: ab 1939 mit Bombenterror bei seinen Blitzkriegen, in seiner Herrschaftspraxis in den damit eroberten und besetzten Ländern und ganz besonders bei dem in Vernichtungsabsicht geführten Krieg im östlichen Europa.

Das Dritte Reich war in wesentlicher Hinsicht einzigartig, nur in seiner Epoche und in Deutschland möglich und ist in dieser Hinsicht unwiederholbar.

Aber, und darauf kommt es an, seine Kombination von kalter Berechnung und realitätsverzerren dem Wahn ist nicht singulär. Es gibt Parallelen, auch in den letzten Jahrzehnten. Wer zunächst – zur Machtergreifung, zur Machterhaltung - Wahn nur opportunistisch simuliert, wer andere dazu überreden versucht, wird sich dabei autosuggestiv selbst überreden. Bildlich gesprochen: wer meint, auf dem Wahn anderer reiten zu können, wird später selbst von ihm geritten. Autoritäre Regierungen, die ihre geopolitischen Gegner*innen zum welthistorischen Feind erklären, schaffen damit erst ihrer Massenbasis, bald darauf sich selbst den starken Wunsch, den Feindstaat zu vernichten. Dieser Motivation kann sich unter scheinbar erfolgversprechenden Umständen zum Vorsatz verdichten und zum Angriff übergehen.

Das Dritte Reich sollte uns Warnung genug sein - Warnung vor der Verführbarkeit von Menschen und nicht nur in Deutschland, sondern überhaupt.

Im Umgang mit potentiellen zukünftigen Feindmächten, mit deren Machthabenden und deren Handlanger*innen ist Vorsicht und Vorsorge dringend geboten. Auch sie sind gegen ähnlich irrationale Vernichtungsvorsätze nicht immun. Wer andere zum Hass verführt, dessen Weltsicht wird selbst hassverzerrt. - Soweit die abstrakten Gründe, sich wirklich für intensivem Terror als Hauptwaffe zu entschließen.

1.2.2.5. Entschluss zu intensivem Terror

Nun ist konkret zu zeigen, dass

- bereits in den nächsten Jahren in mindestens zwei Machtzentren objektiv und subjektiv starke Gründe entstehen und mit erheblicher Wahrscheinlichkeit zum Vorsatz reifen können, die Bundesrepublik Deutschland durch intensiven Terror vernichtend zu treffen,

- in den darauffolgenden Jahrzehnten in deutlich mehr Machtzentren ebenfalls solche objektiv und subjektiv starken Gründe entstehen und mit erheblicher Wahrscheinlichkeit zum selben Vorsatz reifen können.

1.2.2.5.1. Moskauer Entschluss zu intensivem Terror

Das erste dieser Machtzentrum liegt im Kreml. Um die Russische Föderation als erstrangige Macht, als Weltmacht zu erhalten, muss Putin weit expandieren – demografisch und ökonomisch. Er muss mindestens die Ukraine unterwerfen und sich hegemonialen Zugriff auf die personellen und industriellen Ressourcen mindestens des östlichen Europas verschaffen. Er muss die freiheitlichen, rechtsstaatlich gesicherten Demokratien mindestens Europas so sehr schwächen, dass sie auf Jahr zehnte keinen „Rollback“ wagen können. Er muss die Demokratien mindestens Europas so zersetzen, dass sie auf Jahrzehnte für die der russischen Autokratie Unterworfenen kein attraktives Gegenmodell mehr bieten können.

Putin will den Ukrainekrieg unbedingt gewinnen. Würde er ihn verlieren, würde er das politisch nicht überleben.

Noch kann er sich mehrere gute Chancen ausrechnen, durch Rechtsaußen-Regierungen in Washington, Paris, London und/oder Berlin der Ukraine den Nachschub an Rüstungsgütern und Finanzmitteln zu entziehen, ohne den sie nicht durchhalten kann. Noch besteht die Möglichkeit, durch massives konventionelles Bombardement die Ukraine kampfunfähig zu schießen.

Wir werden alles daran setzen, dass beides nicht geschieht. Wir haben Grund zur Hoffnung, dass genügend westliche Demokratien freiheitlich bleiben und zusammen soviel Geld und Waffen aufreiben werden, dass die Ukraine standhalten und ihre Luftabwehr dicht genug wird.

Wenn das gelingt – und zu sehen ist es ab 2029 - wird Putins Lage ausgesprochen schwierig. Er kommt in große Zeitnot.

Will er die ihm dann drohende, endgültige Niederlage abwenden, muss er auf ganz andere Art eskalieren als bis zu diesem Zeitpunkt. Chinas „Nein!“ zum Atomwaffeneinsatz in der Ukraine dürfte Bestand haben, ein offener Krieg gegen die Nato extrem riskant sein.

Also wird Putin - kommt er in diese Lage - mit hoher Wahrscheinlichkeit anders vorgehen. Hybrid, also durch Mittel, für die er seine Urheberchaft gleichzeitig durchscheinen lassen und offiziell ableugnen kann. Und dies in einem ganz anderen, viel größeren Format als gegenwärtig.

Um den für ihn existenzbestimmenden Konflikt mit dem freien Westen doch noch zu gewinnen, um gleichen Rang mit China und den USA wiederzuerlangen, muss er dabei mindestens eines der westlichen Länder dauerhaft kampfunfähig machen. Er muss ihm dauerhaft kraftlos machende Schläge versetzen und das, ohne seine eigenen ABC-Waffen einzusetzen.

Es muss ein großes westliches Land sein, eines, das mindestens ökonomisch vom westlichen Bündnis schwer zu entbehren ist. Die Schläge müssen so massiv schädigend, so zerstörerisch sein, dass der dringende Wunsch nach sofortiger, massiver Vergeltung laut wird. Also wird er auf kein Land zielen, das selbst mit Atomwaffen zurückschlagen kann und in seiner Wut bereits die hohe Wahrscheinlichkeit mittelbarer russischer Urheberchaft als Rechtfertigung für vergleichbaren Schaden erzielende direkte Schläge gegen Russland nimmt. Er wird sich das größte der Länder aussuchen, die keine Atomwaffen haben und ggf. verbündete Atomkräfte um stellvertretende Vergeltung bitten müssten: Deutschland.

Wenn er erst einmal diesen Entschluss fasst, wird er auf größtmögliche Wirkung und größtmögliche Erfolgsaussichten zielen. Er wird keine Zeit für Abwehrreaktionen lassen wollen, daher keine Vorwarnung, keinen „Schuss vor den Bug“ geben, sondern gleich beim ersten Versuch in voller Massivität zuschlagen. Vielmehr: zuschlagen lassen, durch terroranwendende Organisationen, denen er Geheimhaltung ihrer konspirativen Beziehung und „professionell“-wirksame Ausführung zutraut.

Größtmögliche Wirkung wird er als größtmögliche Zerstörung wollen, die generationenlang anhaltend die ökonomische und politische Kraft Deutschlands massiv schwächt und auf Deutschlands Verbündete den größtmöglichen Abschreckungseffekt hat – alles ohne direkt und zweifelsfrei zurechenbaren ABC-Waffen-Einsatz. Das bedeutet dann für Deutschland: Konzentration der Angriffe auf den

hochradioaktiven Abfall. (Anmerkung: Die außerdem auch noch gebrauchten Schutzkonzepte für mehrere große Chemieanlagen, Lingen und Gronau sollten separat besprochen werden.)

Putins anschließendes Leugnen der Verantwortlichkeit würde fadenscheinig ausfallen. Aber er kann darauf setzen, dass der intensive Terror gegen Deutschland dessen Verbündete nicht so sehr trifft, wie es ein gleich schwerer Angriff auf ihr eigene Land träfe. Er kann annehmen, dass Deutschlands Verbündete den großen, hochriskanten Krieg gegen Putins Reich vermeiden wollen, solange dies zu für sie selbst tragbaren Risiken möglich ist. Er kann annehmen, dass ein so geführter vernichtender Schlag gegen Deutschland – verbunden mit Putins faktischer Straflosigkeit – die übrigen westlichen Demokratien so weit abschrecken würde, dass sie von da an den gemeinsamen Widerstand im Ukrainekrieg als insgesamt vergeblich, weil mittelfristig mit unzumutbar hohen Risiken für sie selbst verbunden bewerten würden. So könnte er sich große Chancen ausrechnen, doch noch sein wichtigstes Etappenziel – die Unterwerfung einer amputierten und „neutralisierten“ Ukraine – bald zu erreichen. - Ob er die Anschlagfolgen richtig berechnen oder sich verrechnen würde, kann hier offen bleiben, denn für die Wahrscheinlichkeit eines Intensiv-Anschlags bliebe sich das gleich.

Von Putin hätten wir in so einer Lage nicht mehr Mitleid zu erwarten, als er für die Menschen in der Ukraine, Syrien und Tschetschenien aufbrachte. In den Arm fallen könnte ihm in Russland niemand mehr, wenn er dies befiehlt.

Im kommenden Jahrzehnt dürfte die Entscheidung zu intensivem Terror, wenn sie kommt, am wahrscheinlichsten im Kreml fallen, Aufträge dazu von Putin (bzw. seinem direkten Nachfolger) ausgehen. Schon dieses Einzelrisiko ist so erheblich, dass ihm umgehend ein Riegel vorgeschoben werden sollte.

1.2.2.5.2. Teheraner Entschluss zu intensivem Terror

Weniger wahrscheinlich, aber ebenfalls in den kommenden zehn Jahren real möglich ist ein vergleichbarer Entschluss in Teheran.

Das iranische Regime will unbedingt die USA aus der Region verdrängen und dem Staat Israel ein Ende machen. Es kann geschehen, dass die nächste US-Regierung ab 2029 die hohen diplomatischen und finanziellen Lasten der Israel-Protektion nicht mehr schultern möchte. Dann wird es ein Samum den Staat Israel werden. Das Land, von dem Israel dann am meisten wirksame Unterstützung erwarten kann, ist Deutschland.

Das iranische Regime ist dicht vor dem Bau von Atomwaffen gestoppt worden, die hohen Opfer, die es für dieses Projekt gebracht hat, haben sich bis jetzt nicht ausgezahlt. Es ist ungewiss, ob es innerhalb der nächsten zehn Jahre dieses Ziel erreichen wird. Aber auch wenn der Iran Atomwaffen hat, wird er kaum einen Erstschatz gegen Israel führen – Israels Zweitschatz wäre verheerend. Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird das iranische Regime es auch nicht wagen, indirekt, durch atomare Bewaffnung iranischer terroranwendender Organisationen einen solchen Schlag zu führen. Israels Vergeltung träfe, davon hat es auszugehen, Auftragsbomber und Bombenlieferanten. - Hinzu kommt, dass so ziemlich jede islamistische Organisation eine radioaktive Kontamination von Haram al-Sharif bzw. Tempelberg, Abrahamsgrab und den anderen für fromme Muslim*innen heiligen Stätten in Palästina entschieden von sich weisen würde.

Das iranische Regime kann weiter, wie seit Jahrzehnten, auf langsame Zermürbung Israels durch internationale Isolation und ökonomische Ausgrenzung hoffen.

Aber ihm wird die Zeit knapp. Es weiß jetzt schon, dass es bei der großen Mehrheit seiner eigenen Bevölkerung verhasst ist. Es kann absehen, dass alle Iraner*innen, auch die regimetragende Minorität besonders durch die Klimawandelfolgen (https://en.wikipedia.org/wiki/Climate_change_in_Iran) so sehr in Bedrängnis kommen werden, dass mit dem Ruin der Grundversorgung sogar die

Handlungsfähigkeit und Autorität der Machthabenden in absehbarer Zukunft dahinschmelzen und verdunsten könnte, lange bevor das Staatsvolk Israels in politischen Konkurs gerät.

Will das iranische Regime überhaupt über Israel siegen, muss es deswegen nach schnell wirksamen Mitteln suchen. Hat es mit dem internationalen Isolieren größeren Erfolg (das Regierungshandeln Netanjahus wird ihm dabei weiter sehr helfen) und als Folge im Sicherheitsrat und/oder in der Generalversammlung reale Aussicht auf den Beschluss umfassender Wirtschaftssanktionen, wird es prüfen, wer sich diesem Druckmittel in den Weg stellt. Falls die dann amtierende US-Regierung Israel ihre schützende Hand entzieht, könnte es Deutschland sein, das in Teheran als wichtigste Gegen-Macht identifiziert wird: als Hauptorganisatorin einer Sperrminorität oder, wenn die Wirtschaftssanktionen beschlossen werden, als Haupt-Sanktionsbrecherin.

Das gäbe dann den in Teheran Regierenden ein objektiv wie subjektiv starkes Motiv, gegen Deutschland einen diesen Feindstaat auf Dauer schwer beschädigenden und kleinere israel-solidarische Länder einschüchternden Angriff zu planen. Aus vergleichbaren Gründen wie Putin in vergleichbarer Situation (siehe 1.2.2.5.1.) würde es vermutlich ähnlich vorgehen wollen: den Schlag auf maximale Wirkung und maximale Erfolgswahrscheinlichkeit anlegen und zur Ausführung sich konspirativ an eine verbündete terroranwendende Organisation von erprobter und bewährter „Qualifikation“ wenden.

Von den Machthabenden in Teheran hätten wir in so einer Lage nicht mehr Mitleid zu erwarten, als dieses Regime für die Menschen in seinem eigenen Land hat.

1.2.2.5.3. Ausführungsbereite terroranwendende Organisationen

Entschließen sich die Machthabenden in Russland oder im Iran wirklich zu solchem Vorgehen, haben beide die Auswahl unter mehreren großen, für diesen Zweck geeigneten, weil erprobten und bewährten terroranwendenden Organisationen.

Iran trainiert, finanziert und beliefert seit Jahrzehnten Hisbollah, Huthis und schiitischen Milizen im Irak (https://en.wikipedia.org/wiki/Hezbollah_armed_strength , https://en.wikipedia.org/wiki/Iranian_support_for_the_Houthis , https://en.wikipedia.org/wiki/Popular_Mobilization_Forces). Damit überträgt das iranische Regime seine eigene, auf jahrzehntelanges, opferbereites und langsam zermürbendes Durchhalten gegen gegnerische Übermacht setzende Strategie auf ideologisch nahestehende Organisationen in ähnlicher Lage (<https://smallwarsjournal.com/2025/12/30/from-khorramshahr-to-hezbollah-how-iran-learned-to-win-by-not-winning/>). Die großen machtpolitischen Vorteile, mehrere verbündete Milizen bzw. terroranwendende Organisationen mit weitreichenden Fernwaffen auszurüsten, zeigen sich spätestens jetzt. Das iranische Regime selbst profitiert vom ersten Hauptvorteil: in einem offenen Krieg gegen ein Kriegsbündnis sind Kriegsgegner gezwungen, militärische Kapazitäten - auch solche, die selbst bei einer Supermacht knapp werden können - auf mehrere Kriegsschauplätze aufzu teilen. Wer dies so wie der Iran unternimmt, muss dafür nur relativ wenige eigene Berater und Ausbilder und teilweise die Kosten für Waffen, Munition und Ausrüstung der verbündeten Organisationen aufwenden. - Der zweite Hauptvorteil ergibt sich, wenn diese Unterstützung verdeckt, ohne Bündniserklärungen und "unter der Hand" erfolgt. Die unterstützende Macht gewinnt die Option, Angriffe anderer, gestartet aus deren Gebieten "anzuregen" und jede Verantwortung dafür offiziell zu dementieren. Gleichzeitig kann sie, wenn sie das will, Wirkungstreffer „verständnisvoll-sympathisierend“ feiern und in durchsichtigen Andeutungen mit zukünftigen Angriffen anderer drohen. Dies geht über die Stellvertreterkriege im Kalten Krieg hinaus und sollte als eine neuartige, besonders gefährliche Form hybrider Kriegsführung verstanden werden. "Offiziell" wird auf der Unschuldsvermutung bestanden. Das erschwert es den jeweils Angegriffenen beträchtlich, für angemessene Gegenreaktionen gegen den Unschuldsbeteuerer die Akzeptanz der Weltöffentlichkeit zu gewinnen.

Für ein solches Zweckbündnis erleichtert ideologische Nähe zweifellos die Kontaktabahnung. Aber nötig ist sie keineswegs. Der an sich scharfe, im Libanon, Irak und Syrien Bürgerkriegsfronten prägende

konfessionelle Gegensatz (sunnitisch-schiitisch) ist inzwischen für solche Zweckbündnisse überbrückbar. Könnte die iranische Unterstützung für die palästinensische Hamas noch als Sonderfall gelten, spricht die Rüstungshilfe der Huthis für al-Shabaab (<https://africacenter.org/spotlight/al-shabaab-houthi-security-red-sea/>) für eine generelle Tendenz. - Huthis können gegenwärtig auch chinesische und russische Raketen, Drohnen und dazu Satellitendaten zur Zielerfassung nutzen (<https://en.wikipedia.org/wiki/Houthis>). Putin und Xi setzen sich mit dieser Förderung von islamistischen Organisationen über ein mittelfristig - schon wegen Tschetschenien und Ostturkestan bzw. Xinjiang - erhebliches Risiko hinweg, China stellt damit außerdem seinen eigenen, potentiell bahnbrechenden Mediationserfolg von 2023 (<https://www.sueddeutsche.de/politik/saudi-arabien-china-iran-1.5767413>) in Frage. Dauerhafte "Loyalität" von so ungleichen Partnern haben sie dafür nicht zu erwarten, nur zeitlich begrenzten Einfluss auf Ort und Zeitpunkt von ihrem Zuschlagen. Kontroll- und Steuermöglichkeiten bekommen sie, solange die terroranwendenden Organisationen weitere Zulieferungen von ihnen wirklich haben wollen. Um die Demontage von Ansehen und Macht der USA (bzw. deren Autodemontage durch Trump) weiter voran zu treiben, zahlen Putin und Xi diesen Preis. - Für einen Auftrag, Großaktionen außerhalb ihrer eigenen Region durchzuführen, werden terroranwendende Organisationen sehr erhebliche Gegenleistungen verlangen. Aber Moskau und Teheran haben viel, viel mehr als nur warme Worte oder Bargeld anzubieten, jetzt und auch in zehn Jahren. Besonders Know-How für wissenschaftsbasierendem intensiven Nuklearterror: Spezialist*innen, die die Planung gründlicher und vollständiger terroristischer Zerlegung des gesamten hochradioaktiven Materials aller Zwischenlager in Aerosole und Gase mit den gewünschten Flugeigenschaften und Flugbahnen und das gezielte, annähernd flächendeckende und möglichst wenig für dünner besiedelte Gegenden verschwendende Sinken des Fallouts über den Millionenstädten und Ballungszentren Deutschlands als eine zwar nicht-triviale, aber eben deswegen umso spannendere Forschungsaufgabe auffassen wie ab 1939 die kriegspatriotischen Atombombenentwickler in den USA, der Sowjetunion, Deutschland und Japan und heutzutage die Kernfusionsbegeisterten. Anders als letztere werden sie ihre aktive Faszination nicht in Wahlprogrammen veröffentlichen, sondern konspirativ im Austausch mit erfahrenen Terrorpraktiker*innen umsetzen. Stimmt die „Prämie“, fehlen starke Sympathien für die verlangten Terroropfer, werden terroranwendende Organisationen auf den Handel eingehen.

Huthis, Hisbollah und Hamas können gegenüber einem ihnen militärisch weit überlegenen Gegner auch schnell zu Guerilla-Taktiken übergehen. In der Vergangenheit legten sie Wert darauf, auch an geografisch entfernten Orten - wie z.B. in Europa - angriffsfähig zu sein und haben ihre entsprechenden Fähigkeiten schon öfter durch konspirativ vorbereitete "Hit-and-Run"-Anschläge in Staaten, die ihrer Meinung nach ihre direkten Gegner unterstützten, vorgeführt.

1.2.2.5.4. Eigene Entschlüsse terroranwendender Organisationen

Die genannten terroranwendenden Organisationen haben sich selbst gegründet und agieren in ihren Heimatländern "quasi-staatlich" und "territorial-verteidigend". Mit „Sponsoren“ wie dem iranischen Regime wollen sie auf Augenhöhe verhandeln und können das auch, weil sie mehr als eine dieser fördernden Beziehungen pflegen.

Sie können sich später auch aus eigenem Antrieb zu intensivem Terror gegen Deutschland entschließen. Das starke Motiv, das das iranische Regime gegen Deutschland als Haupt-Unterstützer Israels im Laufe dieses Jahrzehnts entwickeln könnte, können Hamas, Hisbollah und Huthis unabhängig von Teheran dann auch bekommen. Haben sie im kommenden Jahrzehnt die für intensiven Terror in Europa nötigen Kapazitäten und Know-How erworben, können sie – im für uns ungünstigen Fall – auch ohne Rückenwind Teherans solche Großangriffe planen und ausführen, eventuell zu zweit, zu dritt oder zusammen mit kleineren Organisationen arbeitsteilig.

1.2.2.5.5. Militant-salafistische Entschlüsse

Auch weitere islamistische terroranwendende Organisationen können sich später zu intensivem Terror gegen Deutschland entschließen, auch aus eigenem Antrieb.

Es gibt "transnationale" militant-salafistische Terrororganisationen, die gegenwärtig wichtigsten sind Al Quaida und „Islamischer Staat“/ISIS. Noch sind noch nicht so weit in ihrer Bewaffnung, verglichen mit den große Teile ihrer jeweiligen Nationalstaaten beherrschenden, „sesshaften“ Isla misten. Aber sie können diesen Rückstand aufholen. Ihre Kämpfer leben z.T. weit entfernt von ihrer ursprünglichen Heimat. Voraussichtlich werden diese Organisationen nicht all zu viel Hemmungen haben, ihr "Kalifats"-Projekt bei Bedarf zu "verlegen" - in andere Teile der Welt. Deswegen wird die Aussicht auf massive Vergeltungsschläge gegen ihren jeweiligen Aufenthaltsort sie weniger ab schrecken als „sesshafte“ Islamisten. Die völkermörderischen Verbrechen von ISIS sind ein Vorge schmack, welche Gräuel in diesem Dunstkreis als werbewirksam gelten. - Terroranwendende Orga nisationen dieser Richtung neigen zum schnellen Hochskalieren der Machtansprüche; die sind ten denziell weltumfassend, das Konzept Kalifat transportiert einen Anspruch auf Weltherrschaft. Das motiviert zur Suchen nach einem spektakulären Großesfolg, werbewirksam und einschüchternd. Wegen – aus ihrer Sicht – krasser Missachtung ihrer religiösen Wertvorstellungen sind „westliche“ Länder prädestiniert, Ziel ihren intensiven Terrors zu sein.

1.2.2.5.6. Spätere Entschlüsse anderer Diktaturen

Zu diesen potentiellen Feindmächten werden nicht in diesem, aber in den darauffolgenden Jahr zehnten mehrere, eventuell viele hinzukommen.

Die Folgen des Klimawandels, allen voran unerträgliche Hitze, Dürren und Überschwemmungen werden zusammen mit Vertreibungen in immer häufigeren Kriegen Hunderte von Millionen und et was später Milliarden Menschen das Leben in ihren jetzigen Heimaten unerträglich machen. KI wird zur Verelendung großer Teile der Weltbevölkerung durch Massenarbeitslosigkeit beitragen. Ohnmächtige Wut und Verzweiflung werden sich ausbreiten.

Dutzende autoritäre Regime werden dann für den Zorn der von ihnen Beherrschten sehr dringend ein großes Ventil suchen. Hass auf Andere ist dafür seit der Antike „Mittel der Wahl“. Überall, wo Diktatoren dafür mit den zuhause vorhandenen ethnisch-religiösen Minderheiten und zu Grenzkon flikten brauchbaren Nachbarstaaten nicht mehr auskommen können, werden sie andere Feindbilder dringend benötigen.

Sie können sie dann mühelos bei den - dem Anschein nach – Gewinner*innen der durch Kolonial herrschaft eingeleiteten Raubbau-Globalisierung suchen und finden. Online und touristisch ständig präsent und jederzeit als aufreizender Kontrast zum eigenen Massenelend präsentierbar sind die Wohlstandsgesellschaften der „nordwestlichen“ Weltregionen, ihr unablässig um Aufmerksamkeit schreiender Überfluss an Konsumgütern und Statussymbolen bei vergleichsweise kurzen Arbeits zeiten und – aus südlicher Sicht - komfortablen Umgebungen. Es wird ein Leichtes sein, ihnen vor Ort die Kollektivschuld für Demütigungen, Entrechtungen, Ausbeutung, Not und Tod in kolonialer Vergangenheit und überhitzter Gegenwart zuzuweisen, und nicht schwer, Kollektivstrafen als längst verdient zu fordern.

Hetzkampagnen werden sich aus den emotionalen Bedürfnis der Diktatoren selbst speisen, ihren brennenden Neid auf den Status westlicher Führungspolitiker*innen. Die sind vergleichsweise „un schuldig“ an die Regierung gekommen, die können relativ furchtlos und komfortabel regieren und in Ruhe alt werden. Stürzen Diktatoren, bleibt ihnen bestenfalls die Flucht mit banknotengefülltem Hubschrauber, sonst werden sie gehängt, erschossen oder gelyncht. Ihre Ressentiments, ihre Angst wird ihnen die „Flucht nach vorn“, die massenradikalisierende Eskalation als rettenden Ausweg er scheinen lassen. Sie werden ihre „professionelle Paranoia“ (seinerzeit von Aristoteles als ständiges Misstrauen des Tyrannen gegen seine eigenen Handlanger und gegen alle einigermaßen aufrecht Lebenden beschrieben, <https://dokumentieren/aristoteles-politik-buch-iv-vi-3-3050025212.html> , dort S. 78f.) vom Landesinnern auf ihre Weltpolitik übertragen.

Straflosigkeit wirkt enthemmend. Das Vorführen der real gegebenen Möglichkeit, Kriege gegen scheinbar übermächtige und wenig später „auf tönernen Füßen stehende“ Staaten hybrid zu führen und zu gewinnen, wird weltweit zur Nachahmung verlocken.

Sobald sich terroranwendende Organisationen im Ausland als "nützliche Bekanntschaften" anbieten, werden dann autoritäre Regime zugreifen, auch ohne „einfühlsame“ Mit-Radikalisierung der Auftraggebenden. Das geschieht in einzelnen Fällen bereits jetzt. Im Sudan ereignet sich gegenwärtig ein Völkermord, mit den "Rapid Support Forces" (RSF) als Hauptschuldigen. Deren wichtigsten Unterstützer und Waffenlieferanten sind die Machthaber in den Vereinigten Arabischen Emiraten, siehe <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session63/advance-versions/a-hrc-63-23-auv.pdf>, <https://edition.cnn.com/2025/11/07/africa/sudan-conflict-foreign-influence-intl-cmd>, <https://www.theguardian.com/world/2025/nov/04/sudan-rsf-militia-uae-united-arab-emirates> und https://icj-cij.org/sites/default/files/case-related/197/suae_application_e.pdf, S. 7 (für diese Klage erklärte sich der IGH deswegen nicht für zuständig, weil die VAE 2005 bei ihrem Beitritt zur Völkermordkonvention zur Bedingung machten, dabei keiner Gerichtsbarkeit unterworfen zu sein, <https://icj-cij.org/sites/default/files/case-related/197/197-20250505-ord-01-00-en.pdf>, Abs. 21 - 33). - Begonnen damit haben die Vereinigten Arabischen Emirate 2019 - als sich bereits niemand mehr Illusionen über den massenmörderischen Einsatz der RSF machen konnte - auch zur Abwehr von "arabischem Frühling" und muslimbruderschaftlichen Einflüssen im Sudan. Aber inzwischen handeln die VAE-Herrscher - deren Familien atemberaubende Vermögen anhäufen, deren Emirats-Bürger*innen im Komfort einer der einkommensreichsten Gesellschaften der Welt leben - hauptsächlich aus nackter Gier nach im Sudan geschürftem Gold, grundiert von tendenziell rassistischer Missachtung schwarzafrikanischer Menschen. - Autoritäre Regime werden sich bei Bedarf auch an terroranwendende „Kriegsunternehmer“ vom Typ Prigoschin wenden können, die ohne politische Überzeugungen und Zielsetzungen im eigentlichen Sinn einfach das betreiben, was für sie persönlich erfüllend und bereichernd ist.

Sich gegenseitig steigernde Radikalisierung führt zum Anwachsen radikal destruktiver Wünsche

Sie können sich bis hin zu eliminatorischem Antiliberalismus und eliminatorischem Antisäkularismus steigern.

Auf diesem Boden kann der Vorsatz wachsen, Deutschland zu großen Teilen unbewohnbar zu machen – durch großflächige radioaktive Verseuchungen Deutschlands und seiner Nachbarländer.

Deutschland ist eines der größten freiheitlich-demokratischen Länder weltweit, in Europa das größte. Das macht unseren Staat zur geostrategischen Gegnerin für alle Autokrat*innen.

Wir haben Grund zur Hoffnung, dass sich die "checks and balances" der USA gegen Trump und Vance bewähren werden. Wenn jedoch nicht, wenn die USA "umkippen" und sich in eine autoritäre Diktatur verwandeln, dann werden wir in naher Zukunft zusätzlich auch noch über transnationale Tendenzen im rechtsextremen Spektrum und die damit verbundenen zusätzlichen Risiken sprechen müssen.

1.2.2.5.7. Unverantwortlichkeit des Abwartens

Die Zukunft ist, wie gesagt, grundsätzlich offen. Kriegsgeschehen und Konfliktverläufe sind so volatil, dass unmöglich vorherzusagen ist, welche feindliche Macht sich zuerst zu intensivem Terror entschließen wird und wen sie damit beauftragen, wann und wo zugeschlagen wird.

Aber alle hierfür relevanten geopolitischen Risiken und Entwicklungen bedenkend, bewertend und summierend ist es nun leider abzusehen, dass mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit feindliche Mächte in den nächsten Jahrzehnten und mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit bereits im nächsten Jahrzehnt kriegsentscheidend wirksame, also wirklich schwere Terrorangriffe wirklich wollen werden, und auch, dass Deutschland schon ziemlich viel Glück haben müsste, um nicht als erstes oder als eines der ersten potentiellen Zielländer angegriffen zu werden. Natürlich kann es passieren, dass der erste Versuch – z.B.

durch geheimdienstlichen Einsatz – grade noch rechtzeitig abgefangen wird oder dass er nicht in Deutschland, sondern in einem verbündeten Land stattfindet und sein „Erfolg“ drastisch genug ist, um als letzte Warnung (endlich) ernst genommen und dann richtig schnell in Notbehelfe umgesetzt wird, die sich glücklicherweise als belastbar erweisen werden.

Diese Chance immerhin hätten wir dann noch in Reserve.

Aber es wäre unverantwortlicher Leichtsinn, es einfach auf diese Glückschance ankommen zu lassen und teils resigniert, teils in „unverwüstlichem Optimismus“ abzuwarten.

1.2.3. Provisorische Antwort auf die Frage

Wie wahrscheinlich ist sein "Erfolg"?

Hier muss erklärt werden, dass diese Wahrscheinlichkeit, kommt es zum Angriff, sehr hoch sein wird.

Wie in den Abschnitten 1.2.2.5.1. und 1.2.2.5.2. erläutert, wird der Terrorauftrag – sobald er kommt – mit großer Wahrscheinlichkeit auf Angriffe mit größtmöglicher Wirkung und größtmöglichen Erfolgsaussichten gleich beim ersten Versuch lauten. Wie in den Abschnitten 1.2.2.5.3., 1.2.2.5.4 und 1.2.2.5.5. erläutert, werden dann mehrere große, langjährig unter sehr schwierigen Bedingungen, in Kampf gegen scheinbar übermächtige Gegner erprobte und bewährte terroranwendende Organisationen zur Verfügung stehen, die sich später, wenn und sobald sie das wünschen, auch selbst - einzeln oder in Aktionsgemeinschaften – mit diesem Angriff beauftragen können.

Wenn es geschieht, werden sie wirkungsmaximierend vorgehen. Sie werden sich nicht damit zufrieden geben, wie Einzelattentäter*innen Einzelattentate oder wie Kleingruppen „Doppelschläge“ zu probieren. Sie werden statt dessen als große, „professionell“ organisierte Organisationen handeln und Attentatssalven oder Attentatsserien durchführen. Das werden gleichzeitig oder mit sehr kurzen Abständen hintereinander durchgeführte Angriffe auf alle sechzehn Zwischenlager sein. So werden sie sechzehnfache "Erfolgschancen" haben und bei "Erfolg" an jedem Standort sechzehnfachen Schaden erwirken. Sie werden sich auch nicht damit zufrieden geben, wie Einzelattentäter*innen oder Kleingruppen nur einen kleinen Teil des vor Ort lagernden radioaktiven Inventars „freizusetzen“. Sie werden statt dessen für jedes der angegriffenen Zwischenlager den Totalschaden herbei führen wollen, also die „Freisetzung“ des gesamten vorhandenen radioaktiven Inventars. Voraus sichtlich werden sie sich vornehmen, möglichst große Teile der deutschen Millionenstädte und wichtigsten Ballungsgebiete so zu kontaminieren, dass sie (vergleichbar mit dem Sperrgebiet von Tschornobyl bzw. Tschernobyl, aber sehr viel ausgedehnter) noch nach Jahrzehnten nicht genutzt werden können. Die schrecklich vielen Strahlenopfer werden sie dabei billigend in Kauf nehmen. - Weil sie das zum ersten mal machen, könnten sie ähnlich vorgehen wie 1945 die USA (Plutonium bombe für Nagasaki, Uranbombe für Hiroshima, https://de.wikipedia.org/wiki/Fat_Man , https://de.wikipedia.org/wiki/Little_Boy) und, z.B., vier verschiedene Eisen ins Feuer bekommen, wenn sie je vier Zwischenlager mit einer Drohnen-Aerosol-, Drohnen-Gas-, Schwere-Bunkerbrecher-Aerosol- und Schwere-Bunkerbrecher-Gas-zentrierten Vorgehensweise angreifen. - Wenn sie zum Fallout-Transport noch auf natürliche Windströmungen angewiesen sind, könnten sie einen Teil der Angriffssets (und Angriffsziele) erst einmal „schlafend“ lassen, bis die für die Ziele der ersten Welle günstige Windrichtung so dreht, dass die dabei erst mal ausgelassenen Fallout-Ziele in Nachfolgewellen erreicht werden.

1.2.3.1. Zur Eignung von Waffen für intensiven Nuklearterror

Nun ist konkret zu zeigen, dass die technischen Möglichkeiten, also hoch wirksame Waffen plus Transportmittel, zum großen Teil bereits vorhanden sind, weitere noch wirksamere in naher Zukunft fertig entwickelt und produziert sein werden und dass diese Waffen und Transportmittel großen terroranwendenden Organisationen, sobald sie Bedarf dafür haben, zur Verfügung stehen werden.

1.2.3.1.1. Überholte Szenarien

Im Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Schleswig-Holstein, 4. Senat, vom 19. Juni 2013 "Drittanfechtung einer Genehmigung für atomares Zwischenlager; Schutz vor Störmaßnahmen, hier: Terrorszenarien eines gelenkten Flugzeugabsturzes sowie eines Angriffs mit panzerbrechenden Waffen", <https://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/bssh/document/NJRE001161351> verdient auch und besonders die Randnummer 229 Beachtung: "229 Soweit der Kläger schriftsätzlich auf weitere nicht auszuschließende Szenarien terroristischer Anschläge gegen das Zwischenlager hingewiesen hat (u.a. Anschlag mit Hilfe von mit Sprengstoff beladenen Flugzeugen, Serie von Lkw-Bomben, Autobomben, Raketenangriff mit eingebauten Sprengkopf, Geiselnahme mit anschließender Erpressung und Diebstahl von Nuklearbrennstoff), hat der Senat auch angesichts der kaum eingrenzungsfähigen Liste potentieller Angriffsmittel und -szenarien und aufgrund des nur stichwortartigen Vortrages der Beteiligten im vorliegenden Verfahren keine Veranlassung gesehen, diesen Szenarien nachzugehen und die Frage zu klären, inwieweit sie in ihren möglichen Auswirkungen durch die von der Beklagten untersuchten SEWD-Szenarien abgedeckt wären. Dass weitere Szenarien relevant sein können, zeigt allein der kurz vor der mündlichen Verhandlung erfolgte Vortrag der Beklagten zum - nicht näher erläuterten - Anlass der derzeitigen bzw. künftigen Nachrüstungsmaßnahmen, die nach Aussage der Beklagten nicht durch die hier erörterten Szenarien des Flugzeugabsturzes und des Angriffs mit panzerbrechenden Waffen veranlasst sein sollen. Aus den Informationen, die dem Senat trotz der im In-Camera-Verfahren bestätigten Geheimhaltung von Unterlagen vorliegen, haben sich keine weiteren Anhaltspunkte für Ermittlungsdefizite der Beklagten im Hinblick auf terroristische Szenarien ergeben, denen im Wege der gerichtlichen Überprüfung nachzugehen gewesen wäre."

Was den damals urteilenden Richter*innen noch nicht vorlag bzw. nicht vorgelegt wurde, lässt sich inzwischen aus veröffentlichten Quellen erschließen.

1.2.3.1.2. Gefahr durch gelenkte Flugzeugabstürze

Die Gefahr durch "gelenkte Flugzeugabstürze" wird gegenwärtig überschätzt. Zwar kommen inzwischen als "Tatmittel" eines vorsätzlich auf ein Zwischenlager gelenkten Flugzeugabsturzes auch Flugzeugtypen in Frage, die noch erheblich schwerer sind, schneller fliegen und/oder aus erheblich höheren Höhen stürzen würden und deswegen schneller und mit mehr Wucht als ein A380, daher auch beim Aufprall erheblich mehr kinetische Energie und/oder erheblich mehr Kerosin zur Zerstörung von Lagerbauten und Lagerbehältern freisetzen würden. Dem Gewichts- und Geschwindigkeitswachstum von Flugzeugen sind aber aus ökonomischen Gründen Grenzen gesetzt und das dürfte für die kommenden fünf bis zehn Jahrzehnte wohl auch so bleiben. Das maximale Zerstörungspotential dieser Angriffswaffe könnte insoweit als längerfristig kalkulierbar eingeschätzt werden. Würde also dieses Risiko als Hauptgefahr betrachtet, könnten Wohlmeinende auf die Idee kommen, eine "Einhausung" und "Härtung" der vorhandenen Zwischenlager sei dennoch möglich, nur eben mit proportional vervielfachten Wand- und Deckenstärken plus über ihnen aufgeschütteten Halden. Diese Vorstellung wäre irreführend.

Hinzu kommt als mindestens ebenso wichtiger Gesichtspunkt folgendes: die Terroranschläge vom 11. September 2001 waren zweifellos spektakulär und haben weltweit Eindruck gemacht. Diese Anschlagsmethode wurde aber seitdem nicht wieder genutzt. Gründe dafür lassen sich leicht erschließen: terroranwendende Organisationen können zwar immer wieder Selbstmordattentäter*innen in größerer Zahl aufreiben - aber kaum solche, die ein großes Flugzeug in einem Kamikazeangriff auf wenigstens 10 - 20 Meter genau in ein Ziel steuern können. - Durchaus möglich, dass sich das noch einmal ändern könnte, falls die bloße "Denkbarkeit" einer feindlichen Übernahme eines großen Flugzeugs durch "Hacken" und Fernsteuerung als real möglich demonstriert würde (wenn, dann vielleicht mit Hilfe von Mini-Drohnen als Einbruchswerkzeug). Aber bis zu einem derartigen Nachweis der realen Machbarkeit gilt: die "extrem geringe" Eintrittswahrscheinlichkeit eines solchen Angriffs würde allen entgegengehalten werden, die mit "gelenkten Flugzeugabstürzen" als Hauptargument für ein gründliches Überdenken der bestehenden Zwischenlagerkonzeptionen plädieren wollten.

1.2.3.1.3. Gefahr durch handgetragene panzerbrechende Waffen

Die Gefahr durch handgetragene panzerbrechende Waffen besteht bei intensiv-terroristischen Anschlägen nicht. Wenige Einzeltreffer auf einzelne Castoren wären ungeeignet, annähernd das gesamte radioaktive Material eines Zwischenlagers freizusetzen. Große, terroranwendende Organisationen mit dem Auftrag oder dem selbst gefassten Entschluss zu intensivem Nuklearterror werden intensiv wirkende Angriffsmethoden wählen.

1.2.3.1.4. Gefahr durch leichte Drohnen

Die Gefahr durch leichte Drohnen (relativ leicht, d.h. unauffällig mit Zweirad, PKW oder Lieferwagen transportierbar) ist zur Zeit die größte (vgl. Becker 2024 S. 25 – 29) und wird mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahrzehnten mindestens die zweitgrößte bleiben.

Mit Drohnen ist das „Totalschadensziel“ (siehe Abschnitt 1.2.3.) technisch mit hoher Wahrscheinlichkeit ganz oder annähernd ganz erreichbar. Voraussetzung ist ihr intelligenter („intelligent“ im Sinn von Terrorauftraggebenden und Terrorausführenden) Einsatz.

Als gegenwärtig vermutlich erfolversprechender Ablaufplan könnte in etwa folgendes Szenario verwendet werden:

- es werden für jedes der Zwischenlager große, mehrhundertfache Drohnenschwärme unterschiedlicher Typen eingesetzt. Für jeden einzelnen „Arbeitsschritt“ gibt es untereinander austauschbare, redundant gestaffelte Drohnengruppen, für jede Teilaufgabe also mehrere darauf angesetzte Drohnen, kein Ausfall wird eine der Teilaufgaben unerledigt lassen, denn für alle gibt es Zweit- und Drittbesetzungen.

Zum Anflug werden eventuell Hochgeschwindigkeitsträgerdrohnen eingesetzt, jede zu schnellen Ausweichmanövern in der Lage und in sich kleine Schwärme der betonbrechenden, castorbrechenden und aufheizenden kleineren Drohnen ans Ziel tragend.

Es wird mindestens ein größeres „Einflugloch“ in die Zwischenlagerdecke gesprengt (in die Decke, damit das gesamte gasförmig oder aerosolförmig gemachte radioaktive Material es als „Ausflugloch“ nutzen und ungehindert ins Freie aufsteigen kann). Dann wird jeder einzelne der lagernden Castoren von mehreren ins Halleninnere eingeflogenen panzerbrechenden Drohnen durchlöchert. Die Luft im Innern der Castoren wird durch die Wirkung der thermobaren Gefechtsköpfe auf Temperaturen gebracht, die einen großen Teil des radioaktiven Materials über dessen Siedepunkte bringen, der Rest wird größtenteils zu Aerosolen zerstäubt. Anschließend führen Zirkoniumbrände (der Hüllrohre) zu weiterem Auftrieb. Eventuell verteilen Koordinationsdrohnen Aufgaben kurzfristig unter den übrigen Drohnen.

Der Ukrainekrieg führt laufend vor, wie vielseitig und wirksam die ständig in hohem Tempo weiter entwickelten Kampfdrohnen mittlerweile sind. Weitergabe und Weiterentwicklung von Know-How und Ausrüstung kann bei entsprechendem Interesse sogar bei rüstungstechnischen Sprunginnovationen recht schnell gehen: 26 Monate, nachdem zuerst Russland und bald darauf die Ukraine glasfasergesteuerte Drohnen einsetzten (<https://web.archive.org/web/20250504162714/> ; <https://www.forbes.com/sites/davidhambling/2024/03/08/russian-fiber-optic-drone-can-beat-any-jammer/>), verfügte auch die Hisbollah über derartige ebenso preiswerte wie effektive Waffen, und zwar aus eigener Produktion. Damit bereitet diese terroranwendende Organisation, die noch im letzten Jahr, nach massiven Verlusten, allgemein als militärisch stark geschwächt galt, jetzt der hoch gerüsteten und intensiv trainierten Luftverteidigung Israels ernsthafte Probleme (<https://www.theguardian.com/world/2026/may/12/how-hezbollah-3d-printed-drones-challenging-israeli-military> ; <https://www.latimes.com/world-nation/story/2026-04-30/hezbollah-adopts-new-weapon-fiber-optic-drones-used-widely-in-war-in-ukraine>).

Für terroranwendende Organisationen sind fertige Drohnen ohne größere Probleme für relativ wenig Geld zu kaufen. Aber sie können sie in eigenen Werkstätten auch selbst entwickeln und herstellen. Ihr Schmuggel zu Verstecken im Feindesland und ihre Umrüstung, Umprogrammierung und Steuerung sind auch nahe von Anschlagzielen machbar. Auch in Zukunft wird es im lebhaften Entwicklungswettbewerb von Angriffsdrohnen und Drohnenabwehr voraussichtlich immer wieder Phasen geben, in denen Angriffsdrohnenentwickelnde, darunter auch terroranwendende Organisationen die Nase vorn haben. - Es kann und wird wahrscheinlich weitere Sprunginnovationen geben, was in zehn, zwanzig, dreißig usw. Jahren leichte Drohnen einerseits, Abwehrmittel andererseits leisten werden, ist nicht vorherzusagen. Angriffsplanungen werden sich der technischen Entwicklung und den jeweiligen Ressourcen von Angreifenden und Verteidigenden anpassen, wie sie dann ausfallen, ist nicht vorherzusagen.

1.2.3.1.5. Gefahr durch schwere bunkerbrechende Waffen

Die Gefahr durch schwere bunkerbrechende Waffen wird bis jetzt völlig unterschätzt. Weil sie in den vier Gutachten noch nicht behandelt wurde, wird das jetzt hier etwas ausführlicher beleuchtet. Inzwischen ist der terroristische Einsatz schwerer bunkerbrechender Waffen - von denen im oben genannten Urteil lediglich ein "Raketenangriff mit eingebauten Sprengkopf" kurz erwähnt wird - nicht mehr nur abstrakt denkbar, sondern real machbar. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Angriffs, wird ihm nicht vorgebeugt, muss "bei in die Zukunft gerichteter Beurteilung" bedauerlicher Weise sogar als einigermaßen hoch gelten. Daher muss erläutert werden, was als wirksamen Schutz gegen einen solchen Angriff dringend erforderlich werden wird.

1.2.3.1.5.1. Leistungsfähigkeit schwerer bunkerbrechender Waffen

Schwere bunkerbrechende Waffen durchschlagen mit Leichtigkeit Decken und Wände aller bester und geplanter Zwischenlager. Schon 1944 und 1945 konnten Stahlbetondecken von 3 Metern (https://de.wikipedia.org/wiki/Fink_II), 4,5 Metern (https://de.wikipedia.org/wiki/U-Boot-Bunker_Valentin) und 6,1 Metern (https://fr.wikipedia.org/wiki/Base_sous-marine_de_Brest) keinen sicheren Schutz mehr garantieren. Die Durchschlagsleistungen und die Zielgenauigkeit bunkerbrechender Waffen sind seitdem ganz erheblich gewachsen. Seit 1972 können Bomben lasergelenkt werden (<https://de.wikipedia.org/wiki/Paveway>). Als Beispiel aus Golfkriegszeiten sei <https://de.wikipedia.org/wiki/GBU-28> genannt: problemlos 6,7 Meter Stahlbeton durchschlagen und dann noch 800 Meter weitergefliegen oder 30 Meter in den lehmigen Boden unter dem Übungsbunker gebohrt. - Inzwischen sind Marschflugkörper hinzu gekommen, die z.T. aus Tausenden Kilometern Entfernung gestartet werden können; für die britische/französische/griechische Storm Shadow bzw. SCALP-EG sollen laut https://de.wikipedia.org/wiki/Storm_Shadow auch 6,1 Meter Stahlbeton kein Problem sein; Russland hat auch welche, siehe z.B. <https://de.wikipedia.org/wiki/Kalibr>; die Ukraine arbeitet erfolgreich mit https://en.wikipedia.org/wiki/FP-5_Flamingo. Gegenwärtig schafft die US-Präzisionsbombe GBU-57 ca. 18 Meter Stahlbeton, <https://www.bbc.co.uk/news/resources/idt-868e3c3d-25ec-43cb-bcc0-8832464b91ca>. Noch haben die USA damit "ein Alleinstellungsmerkmal", denn die 13,6 Tonnen dieser Bomben können momentan nur die wenigen, sehr teuren B-2- (und demnächst B-21-) Bomber in die Luft bringen. Doch China dürfte auch hierin bald nachziehen. - Als "was bisher geschah"-Überblick: <https://curious-droid.com/1568/can-iran-stop-u-s-bunker-buster-bombs/>. - Mikroarmierter Ultrahochleistungsbeton wäre inzwischen als sehr viel robusterer Bunkerbaustoff verfügbar. Der Iran hat ihn. Aber seine Vorkriegs-Regimespitze und ebenso die der Hisbollah starben trotz ihrer Bunker. - Weitere Bunkerbau-Innovationen sind ohne weiteres möglich, aber ohne weiteres auch bald folgende Bunkerbrecherinnovationen.

1.2.3.1.5.2. Geringe Aussichten auf vollständige Luftabwehr

Die Aussichten auf dauerhafte und vollständige Abwehr schwerer bunkerbrechender Waffen in der Luft sind gering. Theoretisch könnte zwar jede ballistische Rakete, jeder Marschflugkörper und jede Gleitbombe durch Luftverteidigungsmittel abgefangen werden. Praktisch stößt das aber auf unange

nehme Grenzen. Selbst beim asymmetrischen Kampf eines bei der Luftverteidigung weltweit führenden und noch dazu ein geografisch recht kleines Gebiet (auch mit den besetzten Gebiete nur 29.211 km², zum Vergleich: Deutschland 357.684 km²) verteidigenden Staates - Israel - gegen militärisch an sich weit unterlegene Gegner - Hisbollah, Huthis und das iranische Regime - zeigt sich: es gibt keinen vollständigen, lückenlosen Schutz. Der rechtzeitige Abschuss besonders der nächsten Generation ballistischer Raketen ist eine, technisch gesehen, alles andere als triviale, eventuell so gar jahrelang unlösliche Aufgabe (<https://thedefensewatch.com/military-ordnance/irans-fattah-2-hypersonic-threat-to-israeli-command/>). Geeignete Abwehrraketen, soweit überhaupt beschaffbar, werden daher voraussichtlich relativ teure und schon deswegen knappe Ressourcen bleiben. Was heute z.B. für "Patriot"-Raketen gilt (siehe z.B. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/patriots-ukraine-europa-100.html>), wird auch für Abfangwaffen der Zukunft gelten.

Jeder Versuch, mit ihnen oberirdische Atomanlagen ernsthaft zu verteidigen, wird knappe militärische Kapazitäten binden, die dann anderswo fehlen. Die Zielsetzung, ein Zwischenlager gegen unberechenbare Luftangriffe zu schützen, würde also mit der Luftverteidigung anderer, politisch und/oder militärisch als unentbehrlich geltender Objekte konkurrieren.

Die Abwägung in diesem Zielkonflikt, das Entscheiden über militärische Prioritäten könnte in einer Gefahrensituation zuungunsten des Zwischenlagers ausfallen. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür lieferte Frankreich: beeindruckt durch die Terroranschläge vom 11. September 2001, gewarnt durch die Veröffentlichung des Anhangs 19 von [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2001/303110/DG-4-JOIN_ET\(2001\)303110_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/etudes/join/2001/303110/DG-4-JOIN_ET(2001)303110_EN.pdf) , dort S. 118, das aufgeregte Medienecho (https://www.wise-paris.org/index_f.html?/francais/links_fr.html&/francais/frame/menu.html&/francais/frame/bandeau.html) und Mycle Schneiders öffentliche Forderung von Flakgeschützen verlegte es zum Schutz seiner Wiederaufbereitungsanlage bei La Hague - in den Abklingbecken dort wird hochradioaktiver Abfall aus ganz Frankreich und anderen Ländern gesammelt - zusätzlich zu den ständig in der Nähe stationierten Abfangjägern im Oktober zwei und im November eine weitere Crotale-Batterie. WISE hatte beispielhaft vorgerechnet, dass ein absturzverursachter Kühlwasserverlust im kleinsten der Abklingbecken und bei halber Füllung mit Brennelementen und anschließendem Zirkoniumbrand 50-100% des radioaktiven Materials in die Höhe tragen, das 66,7fache der Cäsium-137-Freisetzung gen Tschernobyls verbreiten würde - und, dass dies noch ein relativ „konservatives“ Szenario sei (<https://www.wise-paris.org/francais/rapports/011210TerrorismeNucleaire3.pdf> , dort S. 5 - 7). - Die Usine de Retraitement de La Hague ist ca. 315 Westnordwestwind-Kilometer von Paris und ca. 240 Südwestwind-Kilometer von London entfernt. - Nach ersten Nebelkerzen (https://solar-club.web.cern.ch/gazette/2002/197_198.html) hatte die Cogema-Direktorin ihre Leute dementieren lassen, dass beim Trockenfallen eines Kühlbeckens mehr als 10% des radioaktiven Inventars freizusetzen sei (<https://reporterre.net/La-Hague-toujours-aussi-exposee-a>). Das Verteidigungsministerium befand dann aus nicht näher erläuterten Gründen, die Crotales würden anderswo noch dringender gebraucht, und zog diese Batterien bereits im März 2002 wieder ab (https://www.lemonde.fr/archives/article/2002/03/16/attentats-les-missiles-sol-air-crotale-autour-de-l-usine-de-la-hague-seront-retraits_4206637_1819218.html). Falls es vorher bei der französischen Luftwaffe anfragte und die dann meinte, La Hague läge doch weit genug von den üblichen Flugrouten entfernt, um ein einzelnes entführtes Passagierflugzeug mit Abfangjägern abfangen zu können, hätte das damals wohl eine vertretbare Ansicht gewesen sein können. - Mehr dazu auf <https://www.n-tv.de/politik/Schlimmer-als-Tschernobyl-article136611.html> , <https://taz.de/Raketenschutz-fuer-La-Hague/!1145362/> , <https://www.theguardian.com/world/2001/oct/20/afghanistan.terrorism4> und https://www.greenpeace.de/publikationen/greenpeace_studie_terrorangriffe_auf_deutsche_akw_1.pdf , dort S. 18f .

Generell lieferte die Kriegsgeschichte immer wieder eindrucksvolles Anschauungsmaterial dafür, dass neuartige, überraschend angewendete Angriffswaffen Verteidigungsanlagen durchbrechen können. Das gilt auch und grade für die Kriege des zwanzigsten Jahrhundert und für mit hohem Aufwand gebaute Stahlbetonbefestigungen. Was Maginot-Linie und Westwall ihren Erbauern nützen, dürfte allgemein bekannt sein, ergänzend sei auf den Fall des seinerzeit neuesten belgischen Forts Eben-Emael (<https://>

de.wikipedia.org/wiki/Schlacht_von_Fort_Eben-Emael) hingewiesen. In dieser Hinsicht wird das 21. Jahrhundert kaum eine Ausnahme machen.

1.2.3.1.5.3. Schwere bunkerbrechende Waffen von Mittel- bzw. Regionalmächten

Nicht nur Weltmächte, sondern auch Mittel- bzw. Regionalmächte werden über schwere bunkerbrechende Waffen verfügen.

Wir müssen davon ausgehen: bunkerbrechende Fähigkeiten wie die, die die USA gegenwärtig hat und besonders bei ihren Schlägen gegen Fordo und Natanz (<https://apnews.com/article/israel-iran-war-nuclear-talks-geneva-news-06-21-2025-a7b0cdaba28b5817467ccf712d214579>) nutzte, werden konkurrierende Mächte in den nächsten Jahrzehnten mindestens ebenso "gut" haben. China sowie so, Russland sehr wahrscheinlich. Aber nicht nur sie: hinzukommen werden eine eher zwei- als eine einstellige Zahl von Mittel- bzw. Regionalmächten.

Dutzende von Staaten haben technische und finanzielle Ressourcen, um beim Streben nach atomarer Bewaffnung ähnlich erfolgreich zu sein wie Pakistan (https://en.wikipedia.org/wiki/Pakistan_and_weapons_of_mass_destruction), Indien (https://en.wikipedia.org/wiki/India_and_weapons_of_mass_destruction) und Nordkorea (https://en.wikipedia.org/wiki/North_Korea_and_weapons_of_mass_destruction) schon seit langem. Sie werden sich atomar bewaffnen, wenn ihr politischer Wille hinreichend motiviert wird. Auf unterschiedliche Weise sorgen zur Zeit Putin, Xi und Trump für starke Motive anderer Staaten, Atom macht zu werden. Der Iran könnte das sogar als einer der ersten (https://en.wikipedia.org/wiki/Nuclear_program_of_Iran), denn gegenwärtig sieht es leider danach aus, dass diese theokratische Diktatur sich an der Macht halten und nicht geschwächt, sondern im Gegenteil gestärkt aus ihrem Krieg mit den USA und Israel hervorgehen wird. Dies unter anderem auch durch Treffer auf stark geschützte, intensiv verteidigte militärische Einrichtungen der USA (<https://defencesecurityasia.com/en/iran-strike-king-faisal-air-base-us-special-operations-ammunition-depot-jordan/>, <https://edition.cnn.com/2026/03/02/politics/six-soldiers-killed-in-iranian-strike-kuwait>, <https://timesofindia.indiatimes.com/world/middle-east/from-gym-to-hangar-to-sleeping-quarters-irans-three-missile-strikes-on-us-base-in-jordan/articleshow/132539836.cms>, <https://www.nytimes.com/2026/08/14/us/politics/uss-abraham-lincoln-trump-supplies-diego-garcia.html>) und Israels (<https://militarywatchmagazine.com/article/iranian-fattah2-hypersonic-strike-israeli-command>). Baut der Iran Atombomben, werden sich die Türkei und Saudi-Arabien auf den ungewiss gewordenen "Atom-Schirm" der USA nicht mehr verlassen wollen, auch nicht auf einen pakistanischen Ersatz-Schirm, sondern ihr neues Dreier-Verteidigungsbündnis (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-08/verteidigungspakt-tuerkei-saudi-arabien-pakistan-recep-tayyip-erdogan-mohammed-bin-salman-shehbaz-sharif-dschiddah-gxe>) und ihre im Bau befindlichen bzw. geplanten AKWs u.a. auch zum Aufbau eigener atomarer Bewaffnung nutzen; Ägypten wird ähnliches anstreben und in anderen Regionen werden das andere Staaten dann auch tun.

Neue Atomkräfte werden sich umgehend dazu passende Trägerwaffen zulegen wollen. Auch sie werden in ihren Raketen- und Marschflugkörperprogrammen Varianten für verschiedene Einsatzzwecke entwickeln, gewissermaßen als Waffen-"Familien". Der Ausbau des iranischen Programms, https://en.wikipedia.org/wiki/Ballistic_missile_program_of_Iran und <https://missilethreat.csis.org/missile/soumar/> kann ihnen als Vorbild und sollte potentiellen Ziel-Staaten als Warnung dienen. Solche Trägerwaffen können, sobald gewünscht, auch mit bunkerbrechenden Sprengköpfen bestückt werden. Behauptungen der iranischen Revolutionsgarden, demnächst durch Nachbauten von US-Blindgängern 20 Meter durchdringende Sprengköpfe für Fattah- und Khorramshahr-4-Raketen herstellen zu können (<https://defence-network.com/gbu-57-hat-der-iran-jetzt-eigene-bunkerbrecher/>), sind noch nicht bewiesen. - Wer sich keine Tarnkappenbomber leisten kann, wird preisgünstigere Alternativen bekommen. Die Türkei hat sich schon die Bayraktar Kızılelma zugelegt, die die 870 kg der NEB-84 (<https://www.sage.tubitak.gov.tr/en/shelter-penetrator-munitions/neb-84/>, durchschlägt mindestens 2,1 Stahlbetonmeter, https://en.wikipedia.org/wiki/Bayraktar_Kızılelma) tragen kann, und hat sie im Nordirak gegen die PKK eingesetzt, <https://www.savunmasanayist.com/neb-irakta-hainlere-nufuz-etti/>. Beide Waffen sind Teil eines ehrgeizigen, dynamischen Rüstungsprogramms (<https://>

www.youtube.com/watch?v=zS8lr-XGwI0), für den Eigenbedarf und als Exportartikel. Jede einigermaßen ambitionierte Mittel- bzw. Regionalmacht, die sich gut vorstellen kann, in kommenden Jahrzehnten feindliche Führungsbunker, verbunkerte Munitions- oder Treibstoffdepots, Hangare usw. ins Visier nehmen zu wollen und die dafür nicht auf Lieferbereitschaft, Lieferfähigkeit und wohlwollende Preisgestaltung von Staaten wie der USA angewiesen sein möchte, wird denselben Weg gehen. - Die Entwicklung von Schwerlast-Drohnen wird voranschreiten; bereits das kommerzielle Interesse an straßenunabhängigen Schwertransporten kann als "Schrittmacher" für solche Drohnentypen dienen.

1.2.3.1.5.4. Keine Obergrenze für Entwicklungen schwerer bunkerbrechende Waffen

Schwere bunkerbrechende Waffen werden ihre Zerstörungskraft voraussichtlich weiter steigern, relativ zügig und ohne absehbare Obergrenze.

Es gibt keinen Grund, warum die technische Entwicklung der letzten Jahrzehnte ins Stocken geraten und stecken bleiben müsste. Ein lebhafter Rüstungswettlauf dutzender interessierter Mächte wird Entwicklungs- und Produktionskapazitäten schaffen und ausbauen. Reichweite, Geschwindigkeit, Tragkraft von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern und die Durchschlagskraft von Gefechtsköpfen werden sich weiter steigern. Dieser waffentechnische Fortschritt (bzw. "Fortschritt", aus Sicht von potentiell Getroffenen) wird sich außerdem eventuell nicht linear ereignen, sondern kann sich - bei einzelnen Kriterien - sprunghaft beschleunigen. Eine Obergrenze ist nicht in Sicht.

1.2.3.1.5.5. Vorteile schwerer bunkerbrechender Waffen für terroranwendende Organisationen

Beim Angriff mit schweren bunkerbrechenden Waffen ist es deutlich schwerer als bei einem Angriff mit vielen leichten Drohnen, die Identität der waffenproduzierenden Sponsoren-Macht zu tarnen. Es dürfte einige Mühe machen, für eine "false-flag"-Operation die Komponenten so zu frisieren, dass aus ihnen auf ein anderes Land und/oder eine andere Organisation geschlossen wird und etwaige Vergeltungsschläge unterbleiben oder "die Falschen" treffen.

Aber dafür haben sie auch große Vorteile: sie erfolgen mit viel höheren Geschwindigkeiten, was die Reaktionszeiten für Abwehrmaßnahmen stark verkürzt, und sie können aus viel weiterer Entfernung gestartet werden, was den "Zugriff" auf die Angreifenden schwierig bis unmöglich machen würde. Ob also leichte Drohnen "das Mittel der Wahl" (vgl. Becker 2024 S. 3) bleiben werden, kommt auf die Größe und Vernetzung der jeweiligen terroranwendenden Organisation und das jeweils ins Visier genommene Angriffsziel an.

1.2.3.1.5.6. Schwere bunkerbrechende Waffen von terroranwendenden Organisationen

Zwar sind alle heute bekannten bunkerbrechenden Waffen in ihrer Entwicklung so aufwendig, dass bislang nur größeren Staaten sie produzieren. Sie selbst zu konstruieren, dürfte wohl auch in kommenden Jahrzehnten die finanziellen und technischen Kapazitäten von terroranwendenden Organisationen übersteigen. Aber produzierende Staaten können ein starkes Motiv bekommen, schwere bunkerbrechende Waffen an sie weiterzugeben. Der laufende Krieg der USA und Israels gegen den Iran und seine Verbündeten führt deutlich vor Augen: nicht nur "Staatsterroristen", auch terroranwendende Organisationen können aus der Ferne Luftabwehr überwinden und selbst intensiv geschützte Ziele beschädigen und zerstören. Der Iran lässt Hisbollah und Huthis ihre Raketen-Nachbauten leicht variieren und umbenennen, damit sie die als "Eigenbau" ausgeben können.

Weitergabe und variierender Nachbau bunkerbrechender Waffen wird geschehen, sobald zu hybrider Kriegsführung entschlossene Mächte und terroranwendende Organisationen ein hinreichend starkes und konvergierendes Interesse an der Zerstörung derselben "gehärteten Ziele" haben. Als "Nebenwirkung" könnte besonders das mittelfristige Risiko späterer Allianzenwechsel und anschließender Waffenverwendung auch an Orten und gegen Gegner, die bei der "fördernden" Waffenlieferung keineswegs vorgesehen waren, eigentlich längst bekannt sein; zeitgeschichtliches Anschauungsmaterial gäbe es reichlich. "Westliche" Staaten könnten sich, z.B., an die intensive US-Förderung der Mudschahedin ab 1979 bis 1992 (https://en.wikipedia.org/wiki/Operation_Cyclone)

erinnern: als wesentlichen und legitimen Beitrag zum Ende der Sowjetunion, aber durch die Art und Weise dieser Unterstützung gleichzeitig als Weichenstellung hin zu einer massiven Niederlage des Westens, deren Folgen die des verlorenen Vietnamkriegs noch übertreffen können. - Aber wenn autoritäre Staaten sich in einem Machtkampf selbst in Bedrängnis fühlen, werden sie zu ihrer Entlastung in der Wahl ihrer Mittel nicht sehr wählerisch sein und "Feinde ihrer Feinde" mit dem ausstatten, was schnelle Erfolge zu einem kurzfristig gering erscheinendem Preis verschaffen könnte. Darunter eben auch mit bunkerbrechender Ausrüstung. Die wird dann auch unauffällig z.B. in Standard-Sattelzügen transportierbar sein, einschließlich Steig- und Starthilfen für Marschflugkörper.

1.2.3.1.5.7. Landesgrenzenüberschreitende Einsetzbarkeit schwerer bunkerbrechender Waffen

Hier liegt auch die wirksamste Antwort auf den möglichen Einwand: „Seht doch nach Russland – dort haben hoch motivierte tschetschenische Befreiungs-Islamist*innen mit auffallendem Interesse an russischen Nuklearanlagen (http://www.aurora-magazin.at/gesellschaft/atom_terror_frm.htm) bis jetzt nichts geschafft, kein russisches AKW ist hochgegangen, auch russische Zwischenlager wurden nicht geknackt.“

Dazu könnten – und sollten – wir als erstes sagen:

„Ja, das stimmt – aber Putins Leute haben das mit Methoden erreicht, die eigentlich kein Rechtstaat und keine freiheitliche Demokratie übernehmen kann (siehe z.B. <https://www.derechos.org/nizkor/torture/vanboven/rus.html>). Auch ist Tschetschenien ein geographisch isolierbares, größtmäßig überschaubares Randgebiet, die rassistische Ausgrenzung von Tschetschen*innen ist in der Russischen Föderation problemlos „machbar“, in ihrem Heimatgebiet steht ein brutaler Kollaborations-Diktator (https://en.wikipedia.org/wiki/Ramzan_Kadyrov) zur Verfügung und überall sonst ein hoch-trainierter, skrupellos vorgehender Überwachungs- und Polizeistaat. - In so einem Staat würdet doch auch Ihr Christdemokrat*innen und Sozialdemokrat*innen nicht gern leben wollen, nicht wahr? Hier bei uns in Deutschland hieße das ja: präventives Generalmisstrauen gegen alle Muslim*innen (als potentiell islamistische Gefährder*innen), gegen alle Russlanddeutschen (als potentielle Putin-Fans), alle Kleinkriminellen und vielleicht überhaupt alle Menschen ohne auskömmliches Einkommen (als potentielle „Wegwerfagent*innen“).“

- Ob das aber wirklich den gewünschten Eindruck auf die Dobrindts & Co. machen würde, wäre eine offene Frage. Da ist es wohl gut, noch eine zweite Erwiderung in Reserve zu haben und sagen zu können:

„Selbst der allerrepressivste Atomstaat ist vor Landesgrenzen mit hoher Geschwindigkeit überfliegendem Fernterror nicht sicher!“

1.2.4. Provisorische Antwort auf die Frage

Wie hoch wäre im "Erfolgsfall" der Schaden?

Hier muss erklärt werden, dass dieser Schaden, wenn es dazu kommt, unerträglich hoch sein wird.

Da müssen wir dann genau darstellen, wie Menschen durch Radioaktivität krank werden, wie sie daran sterben – und wie viele es sein werden, und wie groß die nicht mehr bewohnbaren und nicht mehr nutzbaren Gebiete sein werden.

Wir können es weder uns noch unseren Verhandlungspartner*innen ersparen, ihnen das im Einzelnen vorzurechnen. Hier kann es nicht bei schonendem Weichzeichnen bleiben.

Wenn es für die innergrüne Meinungs- und Willensbildung erforderlich ist, dies bereits jetzt zu tun, sagt Bescheid. Dann wird es geschehen.

Teil 2: Überlegungen zur Möglichkeit terrorsicherer Zwischenlagerung

2. Provisorische Antworten auf die Frage:

Wie ist eine sehr viel sichere Zwischenlagerung technisch möglich und auch finanziell machbar?

Hier liegt das Hauptproblem im fünf bis zehn Jahrzehnte langen Zeitraum. Wir wissen zwar, welche technischen Fortschritte – bzw., aus Sicht der Betroffenen, „Fortschritte“ – die Angriffswaffen in den gerade vergangenen fünf bis zehn Jahrzehnten gemacht haben. Wir wissen aber nicht, welche technischen Fortschritte – bzw. aus Sicht der Betroffenen, „Fortschritte“ – die Angriffswaffen in den nun kommenden fünf bis zehn Jahrzehnten machen werden.

Wir können das nicht wissen.

Aber was wir wissen können: mit hoher Wahrscheinlichkeit wird sich das Entwicklungstempo für Angriffswaffen nicht verlangsamen, sondern im Gegenteil erheblich beschleunigen.

Dafür werden (mindestens) drei Entwicklungen sorgen:

- die rasante Beschleunigung der Möglichkeiten, Versuchsreihen, Prototypen, Crashtests usw. digital durchzurechnen bzw. von KI durchrechnen zu lassen,
- die starke Vermehrung forschungsstarker waffenentwickelnder Unternehmen,
- die wachsende Zahl von Staaten und nach Staatsmacht strebenden Organisationen, die ihre Fähigkeit, Kriege „aus eigener Kraft“ und deswegen (auch) mit selbstproduzierten, zu Überwachungszwecken selbst entwickelten und ständig weiter entwickelten Waffen zu führen, stark ausbauen wollen bzw., aus ihrer Sicht, ausbauen müssen.

In dieser Lage wird jede weitblickende Vorbeugungsstrategie nach hohen Sicherheitsmargen bzw. Sicherheitsreserven suchen: wenn überhaupt eine heute zu entwerfende und zu bauende Sicherheitsanlage fünf bis zehn Jahrzehnte lang den zukünftigen Angriffswaffen standhalten kann, dann am ehesten eine, deren verteidigungsrelevante Stärken ein Vielfaches dessen betragen, was gegenwärtig zur Verteidigung gegen heutige Angriffswaffen (noch) ausreicht.

Lasst uns nun gemeinsam die dafür in Frage kommenden Möglichkeiten näher betrachten.

2.1. Provisorische Antwort auf die Frage

Wie ist eine sehr viel sichere Zwischenlagerung oberirdisch technisch möglich und auch finanziell machbar?

Beginnen wir mit einem Gedankenexperiment und nehmen wir versuchsweise an, dass

- erstens für die nächsten bis zu hundert Zwischenlagerungsjahre voraussichtlich mikroarmierter Ultrahochfester Beton (https://de.wikipedia.org/wiki/Ultrahochfester_Beton) allen bunkerbrechenden Waffen widerstehen könnte und zwar dann, wenn er in jeder Richtung eine Mächtigkeit von 100 Metern aufweist und wenn

- zweitens dieser mikroarmierte Ultrahochleistungsbeton und die in ihm enthaltenen Castoren auch allen menschen-machbaren Erdbeben – die nicht sehr zielgenauen bunkerbrechenden Bomben des Zweiten Weltkriegs schlugen z.T. Dutzende Meter von ihrem Ziel ein, zerstörten es aber durch die Erschütterung trotzdem, [https://en.wikipedia.org/wiki/Grand_Slam_\(bomb\)](https://en.wikipedia.org/wiki/Grand_Slam_(bomb)) und Abschnitt 1.2.3.1.4.1. - direkt unter ihm dann widerstehen können, wenn er

- drittens zum Beton-Monolithen geformt und mit Hochleistungs-Schwingungstilgern (zum Einstieg: https://en.wikipedia.org/wiki/Tuned_mass_damper) kombiniert würde,

dann ließe sich - kostenreduzierend und risikominimierend - eine Ultrahochfester-Beton-Kugel entwerfen, eingebettet in den Boden bis etwa zu ihrer Mittellinie (damit sie nicht schaukelt). Die müsste

dann einen hinreichend großen Lagerhohlraum ummanteln und überall mindestens 100 Meter stark sein.

Falls dieser Hohlraum zylindrisch und zum Beispiel, wie in Lublin geplant, eine Etage mit 2200 m² für 74 Stellplätze plus zwölf Ausweichplätze und eine Höhe von 22 Metern (Becker 2022, S. 11 bzw. pdf-S. 15) hätte, hätte er einen Durchmesser von ca. 53 Metern und ca. 48.536 Kubikmeter Luftraum.

In diesem Fall hätte dieser Kugel-Monolith einen Durchmesser von ca. 253 Metern und dafür wür den ca. 8.430.768 (ca. 8.479.304 Kubikmeter minus 48.536 Hohlraum-Kubikmeter) Kubikmeter mikroarmierter Ultrahochfester Beton gebraucht.

Weiter angenommen, der deutsche Staat würde zu heutigen Preisen den preiswertesten Ultrahoch festen Beton z.B. der SBM Mineral Processing GmbH ("Auch in punkto Instandhaltung und doku mentierter Nutzungsdauer übertreffen fachgerecht realisierte UHFB-Beläge konventionelle Beton bauweisen, was selbst hohe Baukosten ab 6000,00 CHF pro Kubikmeter Hochleistungsbeton auf Großflächen stark relativiert.", 19.05.2026, <https://www.sbm-mp.at/aktuelles/news/detail/hochleistungs-beton-fuer-jede-baustelle>) bestellen und würde ihn als Großkundin mit Euro-statt-Schweizer-Franken-Rabatt bekommen. Dann hätte der deutsche Staat 50.584.608.000 € zu überweisen. - Weiter angenommen, die Bundesrepublik könnte als Großkundin durch in ihrem Auftrag schnell entwickelte kostensenkende Herstellungsinnovationen 50% des heu tigen Kubikmeterpreises sparen. Dann könnte sie den Beton für eine solche Zwischenlagerkugel für bereits 25 Milliarden bekommen. Darin wären dann allerdings noch nicht die Kosten für das Bauen und die übrigen Materialien, wie z.B. für die Schwingungstilger enthalten. - Es ließen sich nun Va rianten durchrechnen, wo (für den Bestand anderer Zwischenlager) mehr Stellplätze entweder den Hohlraumdurchmesser (bei einer Etage) vergrößern oder aber (auf zwei Etagen, mit schwingungs getilgter Zwischendecke) verringern. Das würde proportionale Kostenänderungen mit sich bringen. Es würde aber dabei bleiben, dass der genannte Betrag dann ungefähr sechzehnmal aufzubringen wäre.

Wir sehen schon: die Gesamtsumme wäre zweifellos weit jenseits dessen, was Union und SPD sich gegenwärtig in ihren lichtesten Momenten zutrauen würden, durch Umlagefinanzierung für terrorsichere Zwischenlagerung aufzubringen (obwohl dies, objektiv und rein volkswirtschaftlich gesehen, nichts unbedingt Politiker*innenunmögliches sein müsste, vgl. Abschnitt 1.1.5.).

Nun ließe sich zwar sagen:

„Wir wollen Union und SPD nehmen, wie sie sind, aber wir wollen sie nicht lassen, wie sie sind! Unter unserer therapeutisch-fordernden Führung und Leitung können sie über sich selbst hinaus wachsen und in vieler Hinsicht, auch in Finanzfragen, viel bessere Verhandlungs- und Koalitions partner*innen sein als jetzt!“

Ja, so optimistisch dürfen wir sein, auf diese Entwicklung hoffen und sie nach Kräften vorwärtstrei ben. Nur sollten wir nicht einfach davon ausgehen, dass wir dieses Ziel bereits in dieser und der kommenden Legislaturperiode erreichen werden.

Wollten wir so lange mit der terrorsicheren Zwischenlagerung warten, bis wir Union und SPD bis zu einer Bereitschaft weiter entwickelt haben, einer „großformatigen“ Finanzierung in der oben ver suchsweise errechneten Größenordnung zuzustimmen, dann käme die terrorsichere Zwischenlage rung mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit zu spät.

Wir könnten nun natürlich mit anderen Zahlen versuchsweise so lange weiter rechnen, bis wir mit dem Euro-Resultat in die Nähe von dem kommen, was voraussichtlich die real existierenden Christ- und Sozialdemokrat*innen in den nächsten zehn Jahren mitfinanzieren würden.

Wir müssten dann versuchsweise große Abstriche bei den Wandstärken machen.

Angenommen, wir begnügten uns mit 10 Meter preisgünstigstem SBM-Ultrahochfesten-Beton. Auch das wäre schon etwas wert. Es wäre auf vielleicht 50 – 100 Jahre so etwas wie ein Schutzwall, der Do-it-yourself-Terroristen aussperren würde, die unorganisiert oder schlecht organisiert vor allem aus persönlichen Gründen - um z.B. vom Kleinkriminellen zum "Edlen Märtyrer" zu werden, mit sich schnell verflüchtigender Berühmtheit in asozialen Netzwerken - einen spektakulären Anschlag probieren möchten.

Aber zehnmeterdünne Betonwände könnten wohl kaum die wirklich gefährlichen, die gut organisiert und vernetzten Terrorist*innen auf Dauer fernhalten.

Wir hätten dann im Grunde nur in die Illusion von Sicherheit investiert und würden damit uns und diejenigen, die uns vertrauen, täuschen.

Wir können nun andere Vorschläge durchrechnen und zum Beispiel prüfen, auf welche Gesamts ummen wir mit Kombinationen von Verbundpanzerungen (<https://de.wikipedia.org/wiki/Verbundpanzerung>) und mikroarmierten Ultrahochfesten Beton kommen können.

Am Ende all dieser Berechnungen landen wir mit hoher Wahrscheinlichkeit beim Ergebnis:

Wahrscheinlich wäre es technisch möglich, ein auf 50 - 100 Jahre tatsächlich terrrorsicheres oberirdisches Zwischenlager zu bauen. Aber mit Sicherheit nicht zu den Kosten, die Grüne innerhalb der nächsten acht bis zehn Jahre politisch durchsetzen können. Folglich muss Zwischenlagerung unterirdisch geschehen.

2.2. Provisorische Antwort auf die Frage

Wie ist eine sehr viel sichere Zwischenlagerung unterirdisch technisch möglich und auch finanziell machbar?

Gehen wir also, gedanklich, in die Tiefe. Dort finden wir eine sehr wertvolle Ressource, einen wahren Bodenschatz: gewachsenen Fels. Natürlich gewachsener Fels hat unschlagbare Vorteile:

- seine Festigkeit kann mit der fast aller menschengemachten Materialien konkurrieren und jeder Waffe starken Widerstand leisten. Alles, was von iranischen unterirdischen Urananreicherungsanlagen selbst den Angriff mit den stärksten israelischen und US-Waffen überstanden hat, verdankt dies den 60 bis 90 Metern überaus robusten Felsen über ihnen: <https://edition.cnn.com/2025/06/24/politics/intel-assessment-us-strikes-iran-nuclear-sites> , https://de.wikipedia.org/wiki/Atomanlage_Fordo , https://de.wikipedia.org/wiki/Atomanlage_Natanz . Tausend Meter davon sollten doch wohl für die nächsten 50 bis 100 Jahre sämtlichen technisch bis dahin machbaren Bunkerbrechern widerstehen,

- er ist bereits an Ort und Stelle vorhanden. Er ist sofort fertig, weil schon dort, wo wir ihn brauchen, und:

- sein Vorhandensein kostet die Staatskasse nichts.

Ganz nebenbei hat er auch eine viel bessere Ökobilanz als jeder Beton (was die Anerkennung für alle laufenden Anstrengungen, dieses Material weniger treibhaus-intensiv herzustellen, nicht mindern soll).

- Zugegeben: das Schaffen von Hohlräumen und Zugängen in natürlich gewachsenen Fels braucht, das lässt sich nicht leugnen, Zeit, macht Arbeit und die kostet dann allerdings auch Geld. -

2.2.1. Provisorische Antwort auf die Frage

Sind sechzehn Tiefen-Zwischenlager technisch möglich und auch finanziell machbar?

Natürlich gewachsener Fels in der erforderlichen Mächtigkeit und Festigkeit wird unter jedem der gegenwärtigen Zwischenlager zu finden sein, geht mensch nur tief genug.

Entwerfen wir also, versuchsweise, Tiefen-Zwischenlager für alle sechzehn gegenwärtigen Zwischenlagerstandorte. Gehen wir in einer Tiefe, die nach menschlichem Ermessen für bis zu hundert Jahren Schutz vor allen bunkerbrechenden Direkttreffern und menschengemachten Erdbeben gewährleistet. Also ziemlich tief.

Die erhalten dann jeweils einen Aufzugsschacht, dessen (runder) Querschnitt zum Transport (auf recht stehender) Castoren reicht und der (mindestens) 1000 Meter in die Tiefe führt. Dort gibt es dann Lagerungskammern mit genug Stellplätzen für den gesamten Bestand des gegenwärtigen oberirdischen Zwischenlagers. Diese Kammern erhalten hochrobuste Lagerkammernschalen für den Fall, dass der Gebirgsdruck in diesen bis zu hundert Jahren durch die in dieser Tiefe jeweils vorliegende Felsformation noch nicht sicher genug abgeschirmt wird. Diese Schalen isolieren die Lagerkammern gleichzeitig gegen alle real möglichen Zuflüsse von Wasser und Wasserlöslichem. Außer dem gibt es die erforderlichen Nebenräume und Ausrüstungen für Überwachung, Wartung und, bei Bedarf, Reparatur.

Für die Ein- und Ausgänge nehmen wir nicht Panzerstahltore (die könnten bald veralten), sondern neu zu entwickelnde "Schließ-Pfropfen". Das sind jeweils bis zu hundert Meter lange Zylinder. Für die leisten wir uns Duron Security (siehe https://ducon.eu/assets/img/ducon_security_2023.pdf, mit erstklassigen Referenzen u.a. vom Kanzleramt: <https://ducon.eu/unternehmen/referenzen>, Deutsche Botschaft Kabul: <https://ducon.eu/projekte/deutsche-botschaft-schutzmauer>; das ist auch für die Lagerkammernschalen bestimmt sehr geeignet). Sie sind auf voller Länge von röhrenartig sie ummantelnden Magnetlagern umgeben und dadurch zum Öffnen frei gleitbar und zum terrorsicheren Verschießen feststellbar. Sobald nötig, werden mehrere von ihnen kolonnenartig hintereinander in den Aufzugsschacht gestellt. Daran wird sich auch noch in hundert Jahren der penetranteste Bunkerbrecher die Zähne ausbeißen.

Nun befreien wir uns, wenigstens versuchsweise, von aller selbstverschuldeten Zaghaftheit. Zweifelnd wir nicht länger, ob Grüne auch nur Erkundungsbergwerke für die Endlagersuche durchsetzen könnten (zur Erinnerung: https://www.bag-energie.org/wp-content/uploads/go-x/u/5c077fe5-e36d-4a1a-a07d-fbc18d948df8/Positionspapier-des-AK-Atom-zur-Optimierung-des-Standortauswahlverfahrens_Beschluss_BAG2026_final.pdf). Lassen wir das hinter uns und nehmen, versuchsweise an, energische und kühne Grüne hätten in harten Verhandlungen Union und SPD dazu bekommen, die für sechzehn richtig sichere Tiefen-Zwischenlager nun einmal nötigen Ausgaben huldreich zu bewilligen.

Dann bekommen wir allerdings ein weiteres und vermutlich nicht ganz geringes Problem:

an allen Zwischenlagerstandorten werden Menschen auf uns zukommen und (sinngemäß) sagen:

„Es ist ja wirklich ganz lieb und sehr ehrenwert, dass Ihr Grünen uns die Terrorgefahr vom Hals schaffen wollt. Vielen, vielen Dank dafür. Aber habt Ihr schon einmal daran gedacht, welche Zeit bombe Ihr damit unsern Enkeln unter die Füße legt? Die Asse säuft ab. Was Ihr bei uns als Zwischenlagerungs-Bergwerk plant, kann auch absaufen. Und dann? Sollen unsere Enkel warten, bis das Grundwasser hier verseucht ist?“

Und wenn wir ihnen dann (sinngemäß) antworten:

„Ja, daran haben auch wir schon gedacht. Wir wollen um die Lagerhalle eine garantiert wasser dichte Schale bauen, doppelwandig, damit Sickerwasser, falls es vielleicht irgendwann durch einen kleinen Riss in der Außenschale einsickert, gleich abgefangen und abgepumpt werden kann.“

dann können die Anwohner*innen (sinngemäß) sagen:

„Ja, schön. Aber was passiert bei Erdbeben?“

und wenn wir ihnen (sinngemäß) antworten:

„Dafür gibt es Schwingungstilger zwischen Fels, Außenschale und Innenschale, zwischen Lagerhallenboden und Castoren.“,

und die Anwohner*innen (sinngemäß) sagen:

„Ja, schön. Aber was passiert bei undichten Castorendeckeln?“,

und wir ihnen (sinngemäß) antworten:

„Dafür gibt es eine heiße Zelle und strahlenresistente Roboter und dann wird in neue, garantiert gasdichte Lagerbehälter umgepackt“,

und die Anwohner*innen (sinngemäß) sagen:

„Ja, schön. Aber was kostet das dann alles zusammen?“

- dann werden wir ihnen vermutlich eine Summe nennen müssen, die Union und SPD gegenwärtig keine sechzehn mal bereitstellen werden.

Falls aber doch, dann könnte es sein, dass die Anwohnenden immer noch nicht zufrieden sind und uns (sinngemäß) sagen:

„Es ist ja wirklich ganz lieb und sehr ehrenwert, dass Ihr Grünen sooo viel Geld für garantiert terrorssichere, garantiert wasserdichte, garantiert erdbebensichere, garantiert gassichere Tiefen-Zwischenlager locker machen könnt. Vielen, vielen Dank für die gute Absicht. Aber habt Ihr Euch schon mal gefragt, wer bei sechzehn so teuren und so sicheren Zwischenlagern auch noch die Kosten für ein richtiges Endlager aufbringen und den ganzen Ärger bei der Endlagerstandortsuche auf sich nehmen will?“.

Und wenn wir ihnen (sinngemäß) antworten:

„Ja, daran haben auch wir schon gedacht. Wir stellen uns das so vor, dass wir uns alle damit ganz viel Zeit lassen und uns dann erst mal für so etwa drei bis sieben Generationen auf andere Aufgaben und andere Ausgaben konzentrieren.“,

dann könnte es sein, dass die Anwohnenden immer noch nicht zufrieden sind und uns (sinngemäß) sagen:

„Dann sollen wir jetzt einfach auf dem ganzen radioaktiven Dreck sitzen bleiben? So lange, bis der Bergdruck beide Schalen geknackt hat und die Lagerbehälter zerquetscht? Also das gefällt uns überhaupt nicht! Grüne, nein danke!“.

Und dann könnte es sein, dass Union und SPD uns (sinngemäß) sagen:

„Hört mal, Ihr Grünen, Ihr habt uns doch versprochen, dass diese sauteuren Tiefenlagerbergwerke für hundert Jahre alle Probleme lösen und wir uns wieder ungestört mit Anderem befassen können. Und jetzt kommt raus: dafür gibt es gar keine Akzeptanz, die Leute vor Ort protestieren lauthals und geben Gutachten zur möglichen Grundwasserkontaminierung in Auftrag. So haben wir aber nicht gewettet. Wir streichen jetzt diese Haushaltsmittel, bis Euch was Besseres einfällt!“.

Und wenn das passiert, sind wir keinen Schritt weiter gekommen.

Hier ist also die grüne Antwort ein Zwischenergebnis:

Ja, auf 50 - 100 Jahre terrorssichere und für diesen Zeitraum auch sonst gut abgesicherte Tiefen-Zwischenlager sind an jedem Zwischenlagerstandort technisch mit großer Wahrscheinlichkeit machbar und sie sind auch „im Prinzip“ durchaus finanzierbar. Aber ob Grüne sie politisch auch durchsetzen können, das ist leider gar nicht sicher.

2.2.2. Provisorische Antworten auf die Frage:

Sind sechzehn Tiefen-Zwischenlager unsere einzige Chance?

Wenn diese Tiefen-Zwischenlager unsere einzige Chance sind, dann ist sie auch unsere beste. Dann müssen wir das Risiko, in etwa fünf Jahren mit diesem Vorhaben für mindestens zehn weitere Jahre zu scheitern, eben auf uns nehmen. Wir müssen dann dafür kämpfen, so gut wir können.

Aber angesichts des dann bevorstehenden politischen Risikos sollten wir vorher prüfen:

Ist das denn wirklich unsere einzige Chance?

Diese Prüfung ergibt: die Bindung jeder Zwischenlagerung an die gegenwärtigen sechzehn Zwischenlagerstandorte löst sich, wenn wir uns von der strikten Ablehnung jedes Transportes von Zwischenlager zu Zwischenlager lösen.

Können wir das?

2.2.3. Zum Transportrisiko

Für die Ablehnung von Transporten gibt es schwer wiegende Gründe. Auch hier ist ein Gutachten von Oda Becker eine gute Einführung: „Mögliche Auswirkungen von Unfällen oder Angriffen auf Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus“, Juli 2024, https://www.ausgestrahlt.de/media/filer_public/ee/33/ee336aac-817e-4dac-b0f0-0da35c883ba3/stellungnahme_transportjuelich_final_rb.pdf, nachfolgend „Becker 2024a“).

Zu den Unfallgefahren kommen die Terrorgefahren: auf dem Transport rollen Castoren wie auf dem Präsentierteller und sind für entschlossene Terrorist*innen mit handgetragenen panzerbrechenden Waffen (Becker 2024a, S. 23 – 29, 35 – 40) und/oder Drohnen (Becker 2024a S. 27, 29 – 30, 40 – 43) ein leicht zu treffendes Ziel und Treffer haben schwerwiegende Folgen.

Es ist also völlig verständlich, dass zu den Forderungen der Atommüllkonferenz vom 5. 1.. 2018, https://www.bi-luechow-dannenbergl.de/wp-content/uploads/2018/11/positionspapier_zwischenlagerung_hoch_radioaktiver_abfalle.pdf, dort S. 6f. gehörte „a) Transporte sind zu vermeiden. Deshalb sollen die Atommüllbehälter möglichst an den bisherigen Standorten verbleiben, bis sie in ein dauerhaftes Atommülllager transportiert werden können.“ und zu denen der Atommüllkonferenz vom 16. 4. 2025 (bzw. von deren Zwischenlager-AG, 19. 10. 2024), https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/forderungspapier-zwischenlagerung-hoch-radioaktiver-abfaelle-bund-2025.pdf, dort S. 2,

„11. Das Verschieben von Atommüll ist keine „Entsorgung“. Transporte, die nicht als Zielort ein sogenanntes „Endlager“ haben, sind grundsätzlich zu vermeiden.“

Aber Oda Becker hat, denke ich, auch mit dem recht, was sie bereits 2020 zu bedenken gab:

„Dezentrale Zwischenlager direkt an den Standorten der Erzeugung sind gegenüber zentralen Lagern vorzuziehen, da sie die erforderlichen Transporte von radioaktiven Stoffen und das damit verbundene Risiko minimieren. Das gilt aber nur dann, wenn die Zwischenlager ausreichend geschützt sind. Ein durch konstruktive Maßnahmen gesicherter Transport in ein besser gesichertes Lager kann insgesamt die Risiken für die Bevölkerung minimieren. In einem Abwägungsprozess sollten die Risiken von notwendigen Lagerungen und Transporten im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für die Zwischenlagerung bewertet werden.“ (Becker 2020, S. 70).

Ein „durch konstruktive Maßnahmen gesicherter Transport“ kann möglich werden.

Die Transportrisiken lassen sich durch (mindestens) fünf Maßnahmen minimieren:

- Bündelung der Transporte: von jedem der zu räumenden oberirdischen Zwischenlager geht jeweils nur ein einziger Transport zum neuen Standort. Dazu müssen so viele Transportfahrzeuge und Transporthüllen hergestellt werden, dass für jeden der Castoren je ein Transportfahrzeug mit Transporthülle bereit stehen,
- Reduzierung der Transportzeit: das Verladen und Endladen sollte für möglichst viele der Castoren zügig, gleichzeitig und parallel erfolgen und in einem neu zu konstruierenden, hinreichend großen, als Temporärbau weiter zu transportierenden, also sechzehnmal zu nutzen den Schutzraum vor sich gehen,
- militärische Abschirmung der Transporte durch starke Aufgebote der Bundeswehr (in Amtshilfe), am Boden beide Flanken der Transportkolonne auf (bei Bedarf neu anzulegenden) parallel zu den Schienen verlaufenden Straßen (sozusagen als „rollender Wanderkessel“) und in der Luft durch dicht geballte Drohnenabwehr und weiträumigen Flugverbote über der Transportroute sichernd,
- polizeiliche Flankierung durch weiträumige Fahr- und Betretungsverbote um die Transportroute, und
- behutsame, mögliche Bruchgefahren minimierende Transporte: vollständig auf den entsprechend zu ergänzenden Schienenwegen, mit schwingungstilgenden Verladevorrichtungen und auf schwingungstilgenden Waggons.

Wenn das Transportrisiko durch Bündelung, Transportzeitreduzierung, militärische Abschirmung, polizeiliche Flankierung und behutsames Transportieren für jeden dieser Transporte minimiert wird, können die Risiken der Zwischenlagerungsstandorte neu abgewogen werden.

2.2.4. Provisorische Antworten auf die Frage:

Kann ein Provisorischer Abstellunnel gefunden und genutzt werden?

Als provisorische Zwischenlösung könnte das Abstellen in bestehenden Eisenbahntunneln dienen. Weil ab 2029 ein Auftrag Putins (siehe Abschnitt 1.2.2.5.1.) und ebenfalls noch in diesem Jahrzehnt ein Auftrag Teherans (siehe Abschnitt 1.2.2.5.2.) zu Intensiv-Terror in Deutschland an dafür sowohl qualifizierte wie dazu bereite terroranwendende Organisationen als real möglich gelten müssen, muss eine zügige Zwischen-Lösung für die zwischengelagerten hochradioaktiven Abfälle als dringend erforderlich gelten.

Als Provisorium, als Provisorischer Wartebereich sollten bereits vorhandene, für Transportzwecke nicht unbedingt erforderliche und daher stillgelegte oder stillzulegende Eisenbahntunnel geprüft werden. Dort sollten Wartekolonnen sämtliche ca. 1700-1900 mit Castoren zu beladenden Waggons geparkt werden. - Die Transportwaggons könnten beim Neubau auf hundert Jahre Haltbarkeit ausgelegt werden, damit sie noch für die "letzte Fahrt" ins Endlager zu nutzen sind. Dieser Eisenbahntunnel muss dafür natürlich lang genug und auch hoch und breit genug sein oder kurzfristig entsprechend zu erweitern sein. Er sollte idealerweise gut tausend Meter Fels über den geparkten Waggons aufweisen.

So schrecklich viel Auswahl gibt es da in Deutschland leider nicht, siehe <https://www.eisenbahntunnel-info.de/inhalt/tunnel-laenge.html> . Falls nicht auf das Zuparken von mehreren Abstellunnel gleichzeitig ausgewichen werden soll, könnte die Bundesregierung auch bei den Alpenstaaten Österreich (<https://www.eisenbahntunnel.at/inhalt/tunnel-laenge.html>) und Schweiz (https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Schweizer_Tunnel) mal wegen einer solchen Park-Möglichkeit anfragen. Sie müsste dafür selbstverständlich angemessene Gegenleistungen anbieten.

Wegen der Gesamtlänge (die gängigen Transportwaggons sind gut 30 Meter lang) von bis zu 60.000 Metern wäre ein zweigleisiger Tunnel von gut 30 Kilometer Länge, wenn seine Tunnel bereits den nötigen Querschnitt haben, ideal. Das wäre dann bestimmt auch die kostengünstigste Option.

Dies könnte allerdings schon deshalb nur eine Zwischenlösung für einige Jahre sein, weil nahezu alle Eisenbahntunnel eigentlich für die Verkehrswende dringend gebraucht werden.

Wenn keiner der vorhandenen Tunnel in seiner gegenwärtigen Form dafür verwendbar ist, sollte das Ausweiten und Erweitern eines dieser bereits vorhandenen Tunnel geprüft werden. Da wäre es vorstellbar, ab (idealerweise) 1000 Meter vom der Ein- bzw. Ausfahrt gerechnet mit Verzweigungen anzufangen, eventuell fächerförmig sich ausbreitend, eventuell in mehreren Etagen anzulegen. Auch vorstellbar wäre, im Berginnern eine Umladestation einzurichten, die die Castoren aus der Horizontalen wieder in die Vertikale bringt. Dann könnten die Castoren, wie jetzt in den Zwischenlagern, platzsparend in provisorischen Wartehallen abgestellt werden.

Dieser Abstellttunnel sollte dann an beiden Tunnelenden durch "Schließ-Pfropfen" (siehe Abschnitt 2.2.1.) und am besten je eine Bundeswehreinrichtung, die ohnehin gut bewacht werden muss, gesichert werden.

2.2.5. Provisorische Antworten auf die Frage:

Kann ein Langzeit-Lagerungstunnel gebaut werden?

Wenn dieser Provisorische Abstellttunnel in Deutschland liegt, wäre sein Ausbau zu einem zentralen Langzeit-Zwischenlager möglich.

Das könnte dann ein Langzeit-Zwischenlager mit möglichst robusten technischen Barrieren auf dem neuesten Stand der zu unseren Lebzeiten entwickelbaren Technik werden. In etwa so, wie für die sechzehn Tiefen-Zwischenlager an den gegenwärtigen Zwischenlagerstandorten skizziert (siehe Abschnitt 2.2.1.). Weil aber das provisorische Abstellen jahrelang Zeit verschafft und weil für einen einzigen Standort deutlich mehr kostende Ausbauten durchsetzbar werden, können die technischen Barrieren, Überwachungs-, Wartungs- und Reparaturmöglichkeiten mit mehr Ruhe und größerem Aufwand geplant und errichtet werden, für besonders wichtige Elemente jeweils redundant und divers, so dass (nie absolut auszuschließende) Ausfälle sofort durch Auffang- und Reservemodule ersetzbar sind.

Als zentrales Langzeit-Zwischenlager könnte diese Einrichtung, z.B. eine "Kapselung" aus (mindestens) zwei voll gebirgstragfähigen Schalen erhalten, auszuführen z.B. aus dicken Schichten der dann bestgeeigneten Sorte mikroarmierten Ultrahochfesten Betons. Sie sollte resistent auch gegen hoch aggressive, korrodierende Kontaminationen des Grundwassers, Laugen und Säuren ausgeführt werden. Hochleistungs-Schwingungstilger könnten in jeder Richtung Erschütterungen - auch menschengemachte - wie bei einem Erdbeben abfangen. Vermutlich wird eine Kugelform das Optimum aus Kostenersparnis und Robustheit gegen jeden real möglichen "Bergdruck" bieten. Es sollte einen "Wartungszugang" mit kleinerem Querschnitt geben, ebenfalls durch „Schließ-Pfropfen“ gesichert, zwei "heiße Zellen" zum Um-Verpacken eventuell undicht werdender Castoren, dazu auch strahlungsresistente, fernsteuerbare Roboter. Dazu auch eine ständige, diversitär ausgeführte Fernüberwachung.

Das wäre dann gleichzeitig eine Demonstrations- bzw. Versuchsvorrichtung im Maßstab 1:1 für die technischen Barrieren und Vorrichtungen, die als Bestandteil des Endlagerkonzeptes vorzusehen sind und bei einem Endlager schon aus Gründen der Bergbarkeit in den ersten Jahrhunderten eingebaut werden müssen.

- Wenn dieser Langzeit-Lagerungstunnel dann eines Tages geräumt wird, ließe er sich bestimmt gut nachnutzen – zum Beispiel für eine dauerhafte Lagerung von nicht verbrennbaren, nicht-radioaktiven Hochrisiko-Abfällen, etwa verglasten Schwermetallen.

2.2.6. Zum Standort-Verfestigungsrisiko

Soll das Provisorische Abstellstunnel zu einem derartigen Langzeit-Lagerungstunnel weiterentwickelt und ausgebaut werden, wird das die Anwohnenden beunruhigen und auch sie werden dann (sinngemäß) fragen:

„Es kann ja sein, dass dieses garantiert terrortsichere, garantiert wasserdichte, garantiert erdbebensichere, garantiert gassichere Langzeit-Zwischenlager die nächsten hundert Jahre gut überstehen wird. Aber was kommt danach? Wer wird in der Zwischenzeit auch noch die Kosten für ein richtiges Endlager aufbringen und den ganzen Ärger bei der Endlagerstandortsuche auf sich nehmen?“

Dann sollten wir eine bessere Antwort haben als (sinngemäß)

„Wir stellen uns das so vor, dass wir uns alle damit ganz viel Zeit lassen und uns dann erst mal für so etwa drei bis sieben Generationen auf andere Aufgaben und andere Ausgaben konzentrieren.“

Auch die kann gefunden werden.

Weiten wir den Blick hinaus über Landesgrenzen: in den meisten der jetzt oder früher AKW-betreibenden Ländern gibt es bereits Endlagerprojekte oder wird sie in absehbarer Zukunft geben.

Mehrere von denen, die in den nächsten Jahrzehnten gebaut werden, werden schon vor 2126 offensichtlich und unbestreitbar scheitern. Besonders deshalb, weil wider Erwarten eben doch Grundwasser seinen Weg ins „End“lagerinnere findet, oder weil die Statik wider Erwarten eben doch nicht stabil genug berechnet wurde und die Decke nachzugeben droht.

Diese „End“lager-Desaster anderswo werden gutes Anschauungsmaterial liefern dafür, was mensch besser nicht macht – und was passiert, wenn er es leichtsinnigerweise doch macht. Mehrere Länder, darunter wohl auch Nachbarländer, werden ihren hochradioaktiven Abfall unter lautem Wehklagen wieder an die frische Luft holen müssen. Einige werden das Rückholen verschleppen. Die Folgen werden sich einschneidend genug bemerkbar machen, um weltweit zu warnen. Dekontamination von Kubikkilometern Erdkruste ist enorm aufwendig und damit auch nach den Maßstäben der dann Lebenden "teuer".

Das wird dann Warnung genug sein. Und es wird lehrreich sein.

In 100 Jahren werden jede Menge frischer Erfahrungswerte vorliegen, die bei der Endlagerstandortsuche sehr gut brauchbar sein werden. Die dann Lebenden werden sehr viel besser als wir wissen, welche geologischen Formationen denn wirklich "eignungshöflich" sind. Sie werden auch sehr viel besser als wir wissen, welche Organisation des Suchprozesses tatsächlich zu dem bestmöglichen Ergebnis führt. Und sie werden hoch motiviert sein, diese neuen Erkenntnisse auch anzuwenden. Wenn ihre eigenen „End“lager an, wie sie dann wissen werden, suboptimalen Standorten angesiedelt sind und/oder wenn sie mit technischen Barrieren ausgestattet sind, die sich anderswo nicht bewährt haben, dann werden sie neue, diesmal viel besser geeignete Endlager errichten. Wenn sie aber, wie in Deutschland, mit der Endlagerstandortauswahl und Endlagerkonstruktion abgewartet haben, dann werden sie ihr erstes echtes Endlagerprojekt dann starten. Zu den wertvollen Erfahrungswerten, die dabei dann auszuwerten sind, werden sicher auch die des deutschen Langzeit-Zwischenlagers gehören.

Diese Antwort sollte dann, das dürfen wir hoffen, auch besonders skeptische Anwohner*innen überzeugen.

Und wenn die Anwohnenden damit zufrieden sind, werden es, das dürfen wir hoffen, auch Union und SPD sein.

2.2.7. Erfolgreiches Werben für weltweiten Atomausstieg mit deutscher unterirdischer Zwischenlagerung

Der Atomausstieg ist überall auf der Welt dringend geboten. Wir Grünen sind uns da schon lange sicher. Die Zeit ist gekommen, auch unsere Nachbarländer und Bündnispartner*innen davon zu überzeugen: Sorge um alle potentiell Fallout-betroffenen Menschen im In- und Ausland ist unsere gemeinsame Pflicht. Je nach Windrichtung und Windgeschwindigkeit kann es jede*n treffen. Und weil es um großflächige, jede weitere Nutzung für Generationen ausschließende Kontaminationen geht und weil radioaktivitätsbedingte Erkrankungen Hunderttausende von Soldat*innen und Millionen ihrer Angehörigen ins Kranken- und ins Sterbebett bringen können und viele für die Bündnis- und Landesverteidigung kaum zu entbehrende Bauten, Räume und Transportwege unbenutzbar machen können, ist sie auch eine Bedrohung der Verteidigungsfähigkeit. Die ist in Europa nur als Bündnisverteidigung überhaupt möglich. Auch aus diesem Grund haben alle freiheitsliebenden Menschen in Europa ein vitales Interesse, dass auch die Parlamente und Regierungen Großbritanniens, der Slowakei, der Ukraine, Italiens, Rumäniens, Bulgariens, der Tschechischen Republik, Belgiens, der Schweiz, Schwedens, Ungarns, Polens, Sloweniens, Frankreichs, Finnlands und der Niederlande einsehen: auch ihr Land wird erst dann voll verteidigungsfähig, wenn es alle oberirdischen Atomanlagen stilllegt, keine neuen plant oder baut, sondern das gesamte radioaktive Inventar in Abklingbecken und Zwischenlagern in terrorsichere, also unterirdische Lager bringt.

Haben wir das gemeinsam in Europa (endlich!) geschafft, dann hat die Anti-Atom-Bewegung auf allen Kontinenten viel bessere Aussichten, zuerst in den mit uns verbündeten, freiheitlich-demokratischen Ländern, die aus ähnlichen Gründen Ziel von Nuklearterrorismus werden können, aber dann hoffentlich bald auch in allen übrigen Staaten.

Atomausstieg - weltweit und für alle!